BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Heft 1 Köln, 25. November Preis DM 1.-
1. Jahrgang

Unter Mitarbeit von:

Franz Beyer – Reimar von Bonin – Ulrich W. Döring – Helmut Dörr – Josef Emonds – Hermann Etzel – Hildegard Fehlhaber – Georg Groeninger – Johannes Hessen – Hans Iwand – Karl Klammt – Hanfried Lenz – Franz Rauhut – Hermann Rauschning – Hans Rheinfelder – Franz Paul Schneider – Ernst Schwarz – Heinz Sitta – Hermann Strathmann – Leo Weismantel – Johannes Weidenheim – Karl Graf von Westphalen und andere.

Aus dem Inhalt:

- *Koexistenz, ihr Werden und Wesen*
- *Das deutsche Schicksal im Schmelztiegel der internationalen Politik*
- *Die Wehrdienstverweigerung in der Bundesrepublik*
- *Individualismus und Kollektivismus*
- *Mars unter uns*
- *Gewissen – Bindung in Freiheit*
- *Deutschland in der Ost/West-Situation – und das christliche Gewissen*
- *Probleme des Atomzeitalters*
- *Über die militärische Lage Deutschlands*
- *Von Supertankern und vom Suezkanal*
- *Port-Said*
- *Ein Besuch bei Frau Khider*

Ein Wort auf den Weg:

Aus Sorge um Deutschland

Von Karl Graf von Westphalen

Der bestimmende Grund für das Erscheinen der „Blätter für deutsche und internationale Politik" ist die Sorge um Deutschlands Zukunft.

Noch immer und schon wieder lastet das Bewußtsein drohenden Unheils auf uns wie auf allen anderen Völkern der Erde. Männer und Frauen jeder Herkunft und aller Wirkungsbereiche spüren die ständig wachsende Verantwortung und Verpflichtung, ihre ganze Kraft für Völkerverständigung und Bewahrung des Friedens aufzubieten und an der Lösung der großen Menschheitsfragen tätig teilzunehmen. Diese ernste, ja entscheidende Aufgabe nicht jenen angeblich allein Berufenen zu überlassen, die das Vertrauen und die berechtigte Erwartung der Völker so oft und so schmählich enttäuscht haben, ist Sinn und Ziel unserer Arbeit.

Gestützt auf die Zusagen bekannter und geachteter Persönlichkeiten, an den „Blättern" mitzuarbeiten, wird es hier unternommen, ihnen einen gebührenden Raum und Vorrang geistiger Führung zu erkämpfen, die wahrhaft unabhängig, an keine Partei-Ideologie und kein Geschäftsinteresse gebunden und einzig dem Gewissen verantwortlich

ist. Was diese Männer und Frauen zu sagen haben, setzt sich mit deutschen und internationalen Problemen auseinander, es will aufweisen, zum Nachdenken anregen und zu eigener Urteilsfindung beitragen; es wird Fremdes trennen und Gemeinsames verbinden, stets unvoreingenommen und im unermüdlichen Streben nach Wahrheit.

Das wird gewiß nicht möglich sein ohne gelegentliche Schärfen der kritischen Untersuchung — der Leser der „Blätter für deutsche und internationale Politik" möge sie entschuldigen! Aber auch sie dienen einzig der Erfüllung unserer Aufgabe, beizutragen zur Einigung unseres Volkes und zu besserem Verständnis für die Lage anderer Völker.

Kluge politische Entscheidungen sind nur möglich in einer umfassenden Zusammenschau gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und staatlicher Realitäten, Möglichkeiten und Notwendigkeiten. Sie sind undenkbar oder zum Scheitern verurteilt bei jedem Versuch, irgendwelchen Interessengruppierungen Vorteile gewähren zu wollen, die dem Gemeinwohl entgegenwirken.

Schon zweimal haben während eines einzigen Menschenalters die Irrtümer, Fehler und Unterlassungen einer kleinen Schicht unseren Kontinent in namenloses Elend gestürzt. Millionenfacher Tod und grauenhafte Not sind über die Völker der Erde gekommen. Und wieder ist die Gefahr riesengroß, daß — vernichtender, als es sich unsere Vorstellung auszumalen vermag — die Kräfte der Zerstörung entfesselt werden. Sie kann und muß gebannt werden.

Die Menschheit ist mündig geworden und drängt immer stürmischer auf eine sinnvolle Ordnung der Beziehungen zwischen den Individuen und den Nationen. Im Grunde will niemand mehr, daß auch weiterhin eine Überbewertung kurzlebiger ökonomischer Vorteile das politische Handeln bestimme, und letztlich ist jedermann von der Einsicht überzeugt, daß es gilt, die geistigen und sittlichen Energien der Besten in allen Völkern freizumachen, um endlich, endlich Frieden und Wohlstand, anstelle von Angst und Not und Krieg, zu erringen.

Hierzu beizutragen ist jeder aufgerufen. Wer mit uns den Ungeist von Unfrieden und Gewalt verwirft, wer im Geist der Versöhnung und der Verständigung mitarbeiten will: er ist uns herzlich willkommen.

Es muß gelingen, die Prinzipien von Wahrheit und Recht, von Unabhängigkeit und gegenseitiger Achtung zum unumstößlichen Grundsatz einer friedlichen Politik zu erheben. Für jeden einzelnen kommt es darauf an, sich dazu zu bekennen und nach diesen Geboten zu handeln — billige Lippenbekenntnisse sind wertlos, wenn es um die große Entscheidung geht, in ernster Stunde die Beziehungen der Menschen und der Völker sinnvoll, dauerhaft und friedlich zu regeln.

So sehen wir die Aufgabe der Politik von heute und morgen. An der Lösung dieser Aufgabe wollen die „Blätter für deutsche und internationale Politik" zu ihrem Teile mitwirken.

An unsere Leser

Trotz einer Erweiterung des vorgesehenen Umfangs von 20 auf 32 Seiten ist es uns leider nicht möglich gewesen, alle Beiträge aufzunehmen, die dafür vorgesehen worden waren. Das gilt namentlich für Berichte aus dem Ausland, das gilt für eine Zusammenfassung und Betrachtung der Ereignisse in Polen und Ungarn, die im nächsten Heft folgen.

Wir hoffen dafür auf Ihre Nachsicht.

Es hat uns gerade beim ersten Heft unserer „Blätter für deutsche und internationale Politik" daran liegen müssen, den grundsätzlichen Arbeiten mehr Raum zu gewähren, um sozusagen die Koordinaten unseres publizistischen Vorhabens weit und zugleich genau genug abstecken zu können.

Wir werden uns freuen, wenn Sie dieser Auffassung zustimmen.

Aber naturgemäß ist uns auch jede echte sachliche Kritik willkommen. Denn wir betrachten diese „Blätter" als ein Forum der Diskussion, als ein Mittel zur politischen Aussprache über wesentliche Fragen, als ein Instrument zur Klärung großer Anliegen unseres Volkes und anderer Völker.

In diesem Sinne hoffen wir auf eine recht rege Erörterung der angeschnittenen Probleme, und wir dürfen versichern, daß jede Äußerung die gebührende Sorgfalt finden wird, nach Möglichkeit auch ein Echo in unseren „Blättern".

Redaktion und Verlag der
„Blätter für deutsche und internationale Politik"

Koexistenz, ihr Werden und Wesen

Von Professor Dr. Franz Paul Schneider

Die zweite Hälfte unseres Jahrhunderts wird im Zeichen der Koexistenz stehen. An dieser Idee scheiden sich die Geister, und sie ist wie ein Schibboleth des beginnenden Atomzeitalters.

Gleich allen großen geschichtlichen Ideen ist auch sie einfach und für jedermann in ihrer unmittelbaren Bedeutung verständlich. Mit fortschreitender Verwirklichung und durch kontemplative Verinnerlichung könnte die Idee der Koexistenz zur Verheißung eines johanneischen Äons der Menschheit werden. Wie sehr sie bereits in das Bewußtsein der Völker gedrungen ist, geht vielleicht am deutlichsten daraus hervor, daß sogar schon Ereignisse der Vergangenheit an ihr gemessen werden. „Die Menschheit", so erklärte der stellvertretende sowjetische Justizminister P. J. Kudratzew in Brüssel auf dem VI. Kongreß der Internationalen Demokratischen Juristenvereinigung (22.—25. 5. 1956), „kann nicht vergessen, daß die 50 Millionen Toten und die 35 Millionen Verwundeten aus dem zweiten Weltkriege der fürchterliche Preis für die Verletzung der friedlichen Koexistenz waren."

Die Idee der Koexistenz ist asiatischen Ursprungs, ein „Appell Asiens an die Welt", auf den „jedes Land eine direkte Antwort geben muß", wie es in der Entschließung heißt, die von 14 asiatischen Staaten am 14. April d. J. in Neu-Delhi auf einer inoffiziellen Konferenz angenommen wurde. An sich ist friedliche Koexistenz nur einer von fünf Grundsätzen der „Pancha Sheela", aber für die westliche Welt ist in diesem einen Grundsatz der Inhalt aller fünf zusammengedacht und zusammengefaßt, und wenn man ihn als pars pro toto versteht, ist der Begriff der Koexistenz die konzentrierte, gewissermaßen stellvertretende Formel der Pancha Sheela.

Auch an ihr erweist sich die geheimnisvolle Kraft großer Ideen, sich in ihrer symbolischen Bedeutung und in ihrem Sinngehalt zu wandeln, zu vertiefen. Ursprünglich ist Pancha Sheela ein altehrwürdiger Begriff der indischen Morallehre, dessen sprachliche Einkleidung aus dem Sanskrit stammt. Pancha bedeutet fünf, sheela oder shila den Brauch, die Gewohnheit, die durch lange Übung erlernte Art zu leben und zu handeln, schließlich die sittliche Integrität des Individuums, und als solche ist sie eine seiner Vollkommenheiten.

Aber nicht in Indien, sondern in Indonesien wurde der Begriff der Pancha Sheela in die politische Sphäre übertragen, und zwar in die nationalstaatliche. Das geschah durch Dr. Sukarno, den gegenwärtigen Präsidenten dieses Reiches der 3000 Inseln mit ihren 80 Millionen Einwohnern, als sie einen souveränen Staat errichteten. Am 1. Juni 1945 erklärte Sukarno, heute auch der Generalsekretär der ständigen afro-asiatischen Konferenz, vor dem vorbereitenden Ausschuß: „Ich schätze den Symbolismus und daher auch den der

Zahl. Der Islam kennt fünf Riten, unsere Hand hat fünf Finger, und die Pandawas waren fünf Personen. Auch die Grundsätze unseres Volkes sind fünf an der Zahl, nämlich Vaterlandsliebe, Internationalismus, Regelung internationaler Fragen durch Verhandlungen, Wohlstand und Glaube an Gott ... Auf diesen fünf Prinzipien wollen wir das freie, immerwährende Indonesien aufbauen."

Als Jawaharlal Nehru einen Staatsbesuch in Indonesien machte, wurde er durch diese Übertragung der Pancha Sheela ins Politische aufs tiefste beeindruckt. Er erkannte sofort die große Bedeutung dieses glücklich gewählten Ausdrucks für unsere heutige Welt, er beschloß, die indonesischen fünf Grundsätze zu einem normativen Prinzip für die wechselseitigen Beziehungen der Völker zu erweitern, und er stellte die fünf weltbekannten Forderungen auf:

Anerkennung von Unabhängigkeit und Souveränität eines Landes,
Verzicht auf Aggression,
Nichteinmischung in innere Angelegenheiten eines Landes,
Gegenseitige Achtung und
Gleichberechtigung in friedlicher Koexistenz.

Diese fünf Prinzipien Nehrus wurden zum ersten Male beim Abschluß des Abkommens zwischen Indien und China über die Tibetfrage offiziell verkündet, am 29. April 1954, und in feierlicher Form proklamierten Tschu En Lai und Nehru sie erneut am 28. Juni desselben Jahres. Auf einem Bankett zu Ehren des indonesischen Ministerpräsidenten gebrauchte Nehru am 23. September 1954 erstmals den Begriff der Pancha Sheela, um jene fünf Grundsätze des Friedens zusammenfassend zu umreißen, und als er ein Jahr später (am 17. September 1955) im englischen Unterhause die Rolle Indiens in der internationalen Politik erläuterte, sagte er, sie könne mit einem Wort oder mit zwei Worten ausgedrückt werden: mit Koexistenz oder mit Pancha Sheela. Dabei handele es sich um keine neue Idee, sondern um die Anwendung einer alten Idee in einem bestimmten Zusammenhang. Von einer ziemlich willkürlich gebrauchten Formel habe sich, so führte der indische Staatsmann aus, die Idee der friedlichen Koexistenz zu einem spezifischen Begriff von spezifischer Bedeutung in Weltproblemen entwickelt.

Diese Vorstellung von friedlicher Koexistenz, die für Nehru gleichbedeutend mit dem Sinngehalt der Pancha Sheela ist, hat sich sehr rasch über die ganze Erde verbreitet — offenbar entsprach sie einem unbewußten Bedürfnis und einer verborgenen Hoffnung der Menschheit.

Am 24. April vorigen Jahres wurden die Prinzipien der Koexistenz, des Friedens und der Zusammenarbeit auf der Konferenz von Bandung (18.—24. 4. 1955), auf welcher sich zum ersten Male in der Geschichte die Vertreter von 29 asiatischen und afrikanischen Ländern trafen, zur Grundlage der Beziehungen auch zwischen den Ländern Asiens und Afrikas erklärt. In Bandung hat man den Inhalt der Pancha Sheela in nicht nur fünf, sondern zehn spezielle Prinzipien zerlegt.

Anläßlich des indischen Staatsbesuches in Moskau bekannten sich am 23. Juni 1955 Nehru und der sowjetische Ministerpräsident Bulganin in einer gemeinsamen Erklärung zur friedlichen Koexistenz und zur Pancha Sheela als der Magna Charta künftiger internationaler Politik. Auf dem XX. Parteitag der KPdSU berief sich Chruschtschew als Generalsekretär der Partei auf die von Tschu En Lai und Nehru proklamierten und auf der Konferenz von Bandung in erweiterter Spezialisierung angenommenen Grundsätze der Koexistenz. Ja, das Staatsoberhaupt der Sowjetunion Woroschilow versuchte sogar, das Verdienst an der Entwicklung dieses Begriffs für friedliches Zusammenleben dem Parteichef Chruschtschew zuzuerkennen: dieser habe nämlich — im Gegensatz zur Lehre Lenins — erkannt, daß im gegenwärtigen Stadium des Imperialismus Kriege durchaus nicht unvermeidlich seien und daß verschiedene Wege zum Sozialismus führen könnten. Das sei, erklärte Woroschilow, „ein glänzendes Beispiel für eine schöpferische Auslegung der marxistischen Theorie".

Auch der europäisch-amerikanische Kulturkreis geriet bald in den Bann der Ideen von Koexistenz und Pancha Sheela. So machte sich Sir Anthony Eden, damals britischer Außenminister, in einer Ansprache am 3. März 1955 vor indischen Parlamentariern die Grundsätze der Pancha Sheela ausdrücklich zu eigen. Und in der heurigen Osterbotschaft hat Papst Pius XII. erklärt, daß sich die Kirche noch immer kräftig genug fühle, auch „die dornigsten Aufgaben" in Angriff zu nehmen, selbst die, „unter den Völkern die Koexistenz in der Wahrheit, in der Gerechtigkeit und in der Liebe zu begründen."

In der Tat sind die fünf Prinzipien des Friedens, wie Nehru in einer Botschaft Westbengalens zur indisch-chinesischen Freundschaft betonte, „längst zu einem internationalen Zahlungsmittel geworden." „Die Idee der Koexistenz", rief erst kürzlich Dr. Sukarno im Stadion der usbekischen Hauptstadt Taschkent aus, „erobert heute die ganze Welt. Sie hat nicht nur ein paar Dutzende, sondern Hunderte von Millionen, ja, bereits über eine Milliarde Menschen erfaßt. Sie wird leben und sich entwickeln, bis in der ganzen Welt der Friede hergestellt ist, bis überall die Freiheit triumphiert und bis alle Länder in gegenseitiger Achtung leben. Sie wird sich immer weiter ausbreiten und ein Land nach dem anderen ergreifen." Da dieses Prinzip viele Facetten hat, vordergründige wie hintergründige, liegt es in der Natur der Sache, daß es — nach seinem „Sündenfall ins Konkrete", wie Max Weber sagte — gleich anderen geschichtlichen Ideen (z. B. denen der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit) fürs erste und von den breiten Schichten der Völker wohl auch künftighin nur in seinen „notwendenden" und materiellen Aspekten begriffen wird:

a) Für die asiatischen und afrikanischen Völker ist Koexistenz vor allem eine positive Formel zur angestrebten Befreiung von Kolonialismus und Imperialismus. Zum ersten Jahrestage der Konferenz von Bandung erließ Nehru eine Sonderbotschaft, in der es u. a. heißt: „Bandung gab den abhängigen Völkern Hoffnung und Kraft. Wir sind glücklich, weil sich seither einige unter ihnen befreit haben und einige andere im Begriffe sind, es zu tun. In ihren Bemühungen um die Befreiung ist unser Platz bei ihnen."

b) Für die Weltmächte ist der Entschluß, sich mit wesensfremden Systemen und Ideologien abzufinden, eine Garantie für den Frieden, der allein Aufbau und Wohlfahrt sichert. „Es gibt nur zwei Möglichkeiten", erklärte Chruschtschew in seiner sechsstündigen Rede vor dem XX. Parteikongreß der KPdSU, „friedliche Koexistenz oder Krieg."

c) Die Koexistenz als Idee und Wirklichkeit ersetzt die drohende militärische Auseinandersetzung durch den friedlichen Wettbewerb der Völker. Durch die „competitive co-existence" (so Eisenhower auf seiner Pressekonferenz vom 7. März 1956) fühlen sich namentlich so sendungsbewußte Staaten wie die USA und die UdSSR angesprochen. Der Erklärung Chruschtschews auf dem letzten Parteitage — dem Leitwort des Atlantikpakts „Laßt uns rüsten!" stelle die Sowjetunion die Devise entgegen „Laßt uns Handel treiben!" — entspricht sinngemäß durchaus die wenige Wochen darauf, am 27. März d. J., in einem Interview für „The Times" von Pineau erhobene Forderung: „Mehr Propaganda für die Freiheit als gegen den Kommunismus!"

Der Gedanke der competitive co-existence ist um so wirksamer, als beide Seiten, nämlich die Exponenten des westlichen Individualismus und Kapitalismus genau so wie die des östlichen Kollektivismus und Sozialismus, von der immanenten Überlegenheit ihres Systems im wirtschaftlichen und ideologischen Wettkampf völlig durchdrungen sind. Als auf dem Galabankett zu Ehren des schwedischen Ministerpräsidenten Erlander sich Chruschtschew zu westlichen Journalisten dahingehend ausließ, er sei davon überzeugt, daß ihre Enkel Kommunisten sein würden, überbot ihn Molotow mit der Prognose: „Ich glaube, schon Ihre Söhne werden Kommunisten sein." Der Westen aber ist anderer Meinung. „Die gegenwärtige geistige Auseinandersetzung zwischen Ost und West ist besser als ein Kampf mit Bomben. Denn einmal ist sie weniger gefährlich, und zum anderen wird die Sache des Westens schließlich obsiegen." (So der „Manchester Guardian", Ende Februar 1956.)

Noch ist die wahre Koexistenz längst nicht erreicht worden. Sie besteht, nach Jawaharlal Nehru, darin, daß „wir an die anderen Länder freundschaftlich herantreten und uns nicht

einmischen, ein Friedensklima schaffen und Mißtrauen und Angst vermindern", um dann fortzufahren: „Wenn wir weise und vernünftig sind, drängen uns die Dinge in dieser Richtung."

Noch weiter entfernt sind Regierungen und Völker von einer Ausschöpfung der Idee von der Koexistenz in ihrer ganzen Tiefe. Im tiefsten Grunde ist sie ein theologisches, ein philosophisches und metaphysisches Prinzip, die zum Begriff gesteigerte Erkenntnis von der Einheit in der Mannigfaltigkeit, von der polyphonen Weltstruktur, vom Eins-sein im Anders-sein.

Es ist eine wahrhaft erhabene Aufgabe der Staatsführer und Staatsdenker, bis zum „esoterischen" Kern dieser Idee vorzudringen, zur Koexistenz

„in der Wahrheit, in der Gerechtigkeit und in der Liebe" (Pius XII.).

Das deutsche Schicksal im Schmelztiegel der internationalen Politik

Von Handwerkskammerdirektor a. D. Dr. Hermann Etzel

Soziale und politische Ideologien unterliegen wie alles Menschliche entwicklungsgeschichtlichen Gesetzen. Ihre revolutionären Phasen, in denen sie mit dem messianischen Anspruch einer Heilslehre auch nach außen drängen, schwingen erfahrungsgemäß in evolutionäre, konservativistische Nachphasen aus. Es entsteht ein neuer Legitimismus wesentlich staatlichen Charakters, der auf die Bewahrung und Sicherung des Erreichten nach innen und außen gerichtet ist. Im internationalen Felde kehrt er zu hergebrachten diplomatischen Verfahren und Formen zurück. In dieses Stadium ist die Sowjetunion eingetreten. Sie verfolgt nicht mehr das Ziel der ideologischen „Una Sancta", sondern bejaht die Möglichkeit verschiedener nationaler Wege zum Sozialismus. Der 20. Kongreß der KPdSU hat das dem Erdkreis kundgetan. Durch ihre militärische Stärke, die atomare Pattstellung, die offenkundige Tatsache des Niedergangs der westlichen Weltgeltung und den Rückhalt der afroasiatischen Welt ist die Sowjetunion im gesicherten Selbstverständnis mit sich zu solcher Liberalisierung in der Lage. Der Übergang zu der neuen Haltung und Methode kann, wenn er zu jäh erfolgt, bei bisher von der Zentrale gesteuerten Satrapien zu Erschütterungen führen. Die Gefahr besteht besonders bei neurotisch veranlagten Völkern und dann, wenn schwere psychologische Fehler und wirtschaftliche Schwierigkeiten die Erschütterungen begünstigen, erhalten gebliebene, von langer Hand heimlich organisierte Reste der Reaktion sich der Umbildung bemächtigen und auswärtige Einflüsse („Freier Sender Europa", München, und andere) aufreizend und unerfüllbare Hoffnungen erweckend ins Feuer blasen. Diese Erfahrung wurde weniger in Polen als in Ungarn gemacht. Hier überschlug sich eine mit politischem Sprengstoff geladene Lage in einer gewalttätigen Explosion. Die zutage getretene Maßlosigkeit, die unbestreitbare Grausamkeiten beging und sich überdies keineswegs auf politisch und administrativ genügend geschulte und erfahrene Kräfte stützen konnte, trug den Keim des Rückschlags in sich. Sie brach in einer exaltierten SOS-Krise zusammen.

Auch der Nahe Osten, Nordafrika und Singapur widerhallen von Lärm, Tumult und Waffengeklirr. England, Frankreich und Israel haben in einem offenbar seit längerem vorbereiteten Komplott Ägypten zynisch und blutig, aber auch selbstmörderisch überfallen. Frankreich und Israel waren anscheinend die Rädelsführer, die England mit sich zogen. Es ist zweierlei Maß, hier nur von bedauerlichen Vorgängen oder einer bewaffneten Intervention, im Falle Ungarns aber ohne Berücksichtigung der Bestimmungen des sowjetisch-ungarischen Friedensvertrags und des vor Ablauf von zwanzig Jahren nicht einseitig kündbaren

Warschauer Pakts von brutaler Unterdrückung zu sprechen. Die Frage ist veranlaßt, was die Besatzungsmächte in der Bundesrepublik täten, wenn die Bevölkerung entgegen dem Truppenvertrag den Wahnsinn beginge, in einer blutigen Revolution gegen sie aufzustehen, und Bundesgrenzschutz und Bundeswehr sich der Erhebung anschlössen. London, Paris und Tel Aviv haben sich eine echte Aggression, nicht nur einen „Irrtum" (Eisenhower) oder einen „schweren Mißgriff" (Dulles) zuschulden kommen lassen. Sie haben die Weltmeinung und die Vereinten Nationen herausgefordert. Im Commonwealth wird ihr Vorgehen nur von dem australischen Premier und von Neuseeland gebilligt. Die Londoner konservative Regierung hat in Volk und Parlament eine tiefe Kluft aufgerissen, das Gewissen weitester Kreise aufgewühlt und das Commonwealth in seinen Grundfesten erschüttert. Außer Syrien hat auch der Irak, Partner des Bagdadpakts, zum Schutz des mit England verbündeten, östlich orientierten Jordanien gegen Israel Truppen aufmarschieren lassen, und an der jüngsten Konferenz der mohammedanischen Mitgliedsstaaten des Bagdadpakts in Teheran war England nicht beteiligt. Das sind vielsagende Symptome. England, Frankreich und Israel haben durch ihren Gewaltakt, ihr Veto im Weltsicherheitsrat und ihre Mißachtung der Entschließung der Vollversammlung der UNO „die atlantische Allianz zerfetzt" (Washington Post). Sie, die schon vorher todmatt war, ist nicht mehr zu retten. Die künstlichen, in sich widerspruchsvollen Konstruktionen des Westens fallen auseinander. Dulles hat vor der UNO am 2. November offen erklärt, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen Amerika und den beiden Verbündeten „weit über die Fragen hinausgehen, die gegenwärtig im Vordergrund stehen". Die afroasiatische Welt bekennt sich entschlossen und leidenschaftlich zu Ägypten. Ihr Solidarismus steigert sich. Sie hat die Achtung vor dem Westen endgültig verloren. Dieser und seine Glaubwürdigkeit haben eine entscheidende Niederlage erlitten.

Sobald die düstere Wetterwolke eines dritten Weltkrieges Gestalt anzunehmen drohte, mußten sich die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten zusammen mit Indien der Lokalisierung und Löschung der Brandherde annehmen. Auf sie, die Triarier und Schiedsrichter des Weltfriedens, waren daher in dieser äußersten Lage bang und erwartungsvoll die Blicke der Menschheit gerichtet. Die Sowjetunion hat gehandelt. Da der US-Präsident ihren Vorschlag eines gemeinsamen Vorgehens mit See- und Luftstreitkräften im Nahen Osten ablehnte, kündigte sie in einer Note an die anglo-französischen Aggressoren unter unmißverständlichem Hinweis auf die Raketentechnik ihre feste Entschlossenheit an, „durch Gewaltanwendung die Angreifer zu zermalmen und den Frieden in Nahost wiederherzustellen". Die Wirkung war prompt. Die Feindseligkeiten wurden zunächst eingestellt, wohl weniger aus moralischem Motiv und Verantwortungsgefühl oder in der Meinung, daß die Ziele der Aggression erreicht seien, als aus Furcht vor der sowjetischen Alternative, deren Ernst wohl kaum als Taktik oder Bluff zu bagatellisieren war. Die Folgen der dramatischen Initiative der Sowjetunion für deren Stellung in der islamischen Welt vom Atlantik bis Thailand und Indonesien, für das Selbstbewußtsein der islamischen Völker und das Prestige Ägyptens und Nassers, für den weiteren Verfall der Westpakte und der internationalen Stellung Westeuropas und endlich für die Zunahme des Isolationismus in den Vereinigten Staaten können nicht überschätzt werden.

Inmitten einer solchen Zeit steht das deutsche Schicksal. In der internationalen Fluchtlinie hat es immer mehr an Größe und Dringlichkeit verloren. Die in ihren Beweggründen schuldige und in ihren Ausgangspunkten irrige Politik des Bundeskanzlers und seiner Regierung, die aus Deutschland, dem Land der Mitte mit dem geschichtlichen Auftrag, Brücke zwischen Ost und West zu sein, ein Vorwerk Amerikas machen wollte, hat mit einem abenteuerlichen Mißerfolg geendet. Ihr Festhalten an der Blockidee, ihre Voreingenommenheit gegenüber der Sowjetunion, ihre vom Bundestag gestützte Unversöhnlichkeit gegenüber der DDR und ihre, später allerdings etwas abgeschwächten Junktims zwischen Wiedervereinigung, Abrüstung und europäischem Kollektivpakt haben die Spaltung versteinert. Der Versuch der Sowjetunion, mit dem gegenwärtigen Bundeskanzler zu einer Verständigung zu

gelangen, stieß bei ihm nicht auf Gegenliebe, obwohl er im Bolschoitheater spontan mit den davon überraschten russischen Führern fraternisierte. Es folgten neue Unfreundlichkeiten und Nadelstiche. Die gesellschaftliche und protokollarische Behandlung der Botschaft in Rolandswerth war betont distanzierend. Auf der von der Bundesrepublik betriebenen Berliner Industrieausstellung wurde die sowjetische Handelsdelegation auf Veranlassung des Bonner Protokollamtes verletzend hinter die westlichen Vertreter zurückgesetzt. In seiner ersten Rede auf dem Katholikentag gab der Bundeskanzler wieder eine seiner gegen den Osten gerichteten Befreiungsparolen aus. Von der Möglichkeit, das törichte Verbot der KPD nicht weiter zu betreiben, machte Bonn keinen Gebrauch. Es ist trotz der freundlichen Tönung am Schluß der sowjetischen Note vom 22. Oktober nicht damit zu rechnen, daß neue Verständigungsversuche gegenüber der jetzigen Bundesregierung aufgenommen werden.

Die Haltung des Westens zur Wiedervereinigung ist unklar, wahrscheinlich unaufrichtig. Seine bisherigen Initiativen waren, weil sie handgreiflich unerfüllbare Zumutungen an die Sowjetunion enthielten, theoretisch und überdies in ihren Formulierungen und Begründungen stereotyp. Frankreich ist im geheimen vornehmlich aus militärischen, England aus wirtschaftlichen Überlegungen gegen die Wiedervereinigung. Die US-Politik neigt neuerlich dazu, diesen Zankapfel auszuklammern, der ihre Verständigung mit der Sowjetunion stört. Daher durfte Bonn Anfang September keine Note an die Vier, sondern nur ein Memorandum an Moskau unter gleichzeitiger Kenntnisgabe an die Westmächte richten. In London war die Bonner Absicht einer Note mißmutig und ablehnend, in Paris zweiflerisch aufgenommen worden. Eisenhower hatte sich nur bereit gefunden, das Problem der Wiedervereinigung in seiner Antwort vom 6. August auf das Abrüstungsschreiben Bulganins in der üblichen Weise zu berühren. So waren dem Memorandum tatsächlich auch keine Konsultationen, sondern bloß Kontakte vorausgegangen. Die kurzen, erst fünf Wochen später übergebenen Befürwortungsnoten der Angelsachsen und Frankreichs zum Memorandum waren matt und flau. Es ist der Schluß möglich, daß die westlichen Stellen dazu neigen, sich der sowjetischen Politik zu nähern und das Problem auf die russisch-deutsche Ebene zu verlagern. Allerdings bestehen auch Auffassungen, die es zum Handelsobjekt des Ausgleichs mit dem Osten machen wollen. Der Daily Telegraph sprach es am 18. September aus: „Es gibt keine Separatlösung für das deutsche Problem, das nur Teil einer umfassenden Regelung mit der kommunistischen Welt sein kann." Das ist nicht im deutschen Interesse. Die sowjetische Politik hat seit langem Verhandlungen zwischen der BRD und der DDR als den gegenwärtig einzig möglichen Weg zur Lösung der deutschen Frage bezeichnet. An diesem Standpunkt hielt sie auch in ihrer Antwortnote vom 22. Oktober streng fest.

Damit muß eine realistische Politik rechnen. Die Sowjets haben Zeit. Die Entwicklung läuft nicht gegen sie. Je länger die Spaltung dauert, desto schwieriger wird die Wiedervereinigung und desto höher der Preis. Zu den Bedingungen der sowjetischen Note vom 10. März 1952 und der Deutschlanderklärung vom 15. Januar 1955 ist sie nicht mehr zu haben. Auch die Vorgänge in Polen und Ungarn dürften die russische Haltung versteifen. Die Verhältnisse in der DDR konsolidieren sich. Sie wächst politisch und wirtschaftlich immer stärker in das östliche System hinein. Beträchtliche sowjetische Mittel werden in ihr investiert. Die Sowjetunion will nicht, daß die DDR als arme Verwandte oder als Juniorpartner ins Geschäft der Wiedervereinigung geht. Auch international festigt sich ihre Stellung. Neuerdings hat sie Belgrad durch das Aluminium- und das Handelskammer-Abkommen tatsächlich, Syrien durch einen Konsularvertrag auch förmlich anerkannt. Bonn hat seine am 8. Dezember 1955 für einen solchen Fall angedrohte Reaktion gegenüber dem wichtigen syrischen Abnehmer nicht ausführen können. Syrien blieb gegenüber den westdeutschen Sondierungen — eine Demarche wagte Bonn nicht — völlig kalt.

Wenn Kontakte zwischen der BRD und der DDR nützlich sein sollen, dann muß die Untergrundarbeit der Berliner Ostbüros westdeutscher Parteien, die die Herstellung voller rechtsstaatlicher Verhältnisse in der DDR erschwert, ein Ende nehmen. In der Antwortnote vom 22. Okt. hat Moskau wiederum betont, daß keine Gleichschaltung der gesellschaftlichen

Ordnung der beiden Staaten erfolgen und sich die Wiedervereinigung nicht auf Kosten des sozialistischen Aufbaus der DDR vollziehen darf. Der SPD-Führer Kurt Schumacher hat schon im Wahlkampf 1949 vor der Auffassung gewarnt, daß sozialistische Einrichtungen der DDR bei einer Wiedervereinigung rückgängig gemacht werden könnten. In dem Oktoberbericht des Allgemeinen Ausschusses der Beratenden Versammlung des Europarats wurde von westdeutscher sozialdemokratischer Seite der Vorschlag vorgetragen, den künftigen Ländern der DDR in einem wiedervereinten Deutschland das verfassungsmäßige Recht zu geben, Wirtschafts- und Sozialgesetze zu erlassen, die von der Mehrheit der Bevölkerung gewünscht werden. Das ist der Weg zur föderativen Lösung der Deutschlandfrage. Es gibt keine andere. Sie war schon in der sowjetischen Note von Mitte August 1953 angedeutet und im vierten Molotowplan der Berliner Konferenz der Vier enthalten.

Im Angesicht der gegenwärtigen Weltlage muß die westdeutsche Politik, Regierung und Parlament, größte Zurückhaltung üben. Wir sind niemands Vasallen und Steigbügelhalter, auch nicht Frankreichs. Die Folgerungen allerdings aus den neuen Aspekten für die Wiedervereinigung zu ziehen, wird erst Aufgabe der bei den Bundestagswahlen zu erwartenden Umgruppierungen sein.

Die Wehrdienstverweigerung in der Bundesrepublik

Von Professor Dr. Franz Rauhut

In staatsrechtlicher Hinsicht ist die Wehr- und Kriegsdienstverweigerung für die Bürger Westdeutschlands eine Errungenschaft, die die demokratischen Freiheiten des Individuums erweitert, und ein Gegengewicht gegen die vielfältigen Tendenzen zur Staatsallmacht. Dieses Recht ist heute in wenigstens 19 Staaten verbürgt.

Wirtschaftlich gesehen wäre ein hoher Hundertsatz von Weigerern ein Segen für unser Volk: denn von den für die westdeutsche Aufrüstung vorgesehenen 55 Milliarden müßte ein entsprechender Teil für die produktiven Aufgaben des sogenannten zivilen Ersatzdienstes abgezweigt werden, und solcherart würde nicht die ganze Riesensumme in das bodenlose Loch der Unproduktivität geworfen.

Unter juristischem Blickwinkel ist das Kriegsdienstverweigerungsrecht heute in Verwirrung, weil die am 7. Juli d. J. beschlossene Formel im Wehrpflichtgesetz, § 25, mit Art. 4 Abs. 3 des Grundgesetzes unvereinbar ist. Denn obschon jener Passus des Grundgesetzes als unverletzlich gesichert gilt, hat der Bundestag mit Mehrheitsbeschluß eine Fassung beschlossen, die das für die Weigerung maßgebliche Gewissen einengt — an Stelle aller vernünftigen und anständigen Gewissensgründe soll nur die Ablehnung jedes Krieges gelten, der absolute Pazifismus. Damit haben Parlamentsmehrheit und die auf das Grundgesetz vereidigte Regierung gemeinsam unsere demokratischen Grundrechte verletzt und um der Macht willen die Demokratie mißachtet. Aus diesem Grunde sind in Karlsruhe Klagen anhängig, um die verletzte demokratische Gewissensfreiheit wiederherzustellen.

Da die Wehrpflicht gegen den klaren Willen der Volksmehrheit beschlossen worden ist, sehen viele im Wehrdienstverweigerungsrecht eine politische Waffe geistiger Art. Sie betrachten die westdeutsche Aufrüstung als entscheidendes Hindernis für die Wiedervereinigung Deutschlands, als Störung der im vergangenen Jahre begonnenen Entspannung, als erneute Steigerung der Weltkriegsgefahr und als Möglichkeit zu einem Bruderkrieg Deutscher gegen Deutsche, in den der Ernstfall unser geteiltes Vaterland sofort

verstricken würde. So sind zum Eisernen Vorhang die zwei deutschen Heere, das deutsche Ostblock-Kontingent und das deutsche NATO-Kontingent, als Schwerter im Fleisch des eigenen Volkes hinzugekommen. Einsichtige fühlen sich auch dadurch in ihrem sittlichen und patriotischen Empfinden verletzt, daß das Blut unserer wehrpflichtigen Jugend jetzt die Gegenleistung für die seitens der USA einstmals gewährte Wirtschaftshilfe sein soll. Das alles sind politische Gewissensgründe für Wehrdienstverweigerer, wohlberechtigt nach dem Grundgesetz, aber — ungerechterweise — nicht nach der neuen Formel.

Die Wehrdienstverweigerung ist jedoch nicht als Politikum, sondern nur auf der höheren Ebene der Ethik in voller Reinheit das, was sie ihrem Wesen nach darstellt, wobei die sittliche Begründung je nach dem Gewissen des Einzelnen religiöser, philosophischer oder auch primitiv existentieller Art sein kann. Trotz ihrer Uneinigkeit in dieser Frage hat sich die Evangelische Kirche in Deutschland zum grundsätzlichen Schutz der Weigerer entschlossen, indem sie auf ihrer Synode von 1950 in Weißensee erklärte: „Wer um des Gewissens willen den Kriegsdienst verweigert, soll der Fürsprache und der Fürbitte der Kirche gewiß sein." In der katholischen Kirche dagegen gibt es keine einheitliche Stellungnahme, eine ex-cathedra-Entscheidung des Papstes liegt nicht vor, so daß eine allgemein verbindliche Lehre fehlt. Die absoluten Pazifisten sind in der katholischen Geistlichkeit sehr gering an Zahl, ihr bedeutendster Wortführer ist der trotz seines hohen Alters energiegeladene Professor D. Johannes Ude, Theologe an der Universität Graz, der während dieses Jahres in zahlreichen westdeutschen Städten gegen jeden Kriegsdienst gesprochen hat. Demgegenüber bemüht sich heute der deutsche Episkopat, die Wehrpflicht als „Verteidigung gegen den Bolschewismus" zur Gewissensangelegenheit der katholischen Jugend zu machen, womit die Haltung zur Zeit Hitlers fortgesetzt wird. In diesem Sinne hat Kardinal Frings die Richtlinien ausarbeiten lassen, die 1950 vertraulich den Redaktionen der katholischen Presse mitgeteilt worden sind.

Zu den Vertretern der traditionalistischen Auffassung in der Klerusmehrheit gehören die Professoren Fleckenstein (Universität Würzburg) und Hirschmann (S. J.), wenn sie immerhin auch dem Kriegsdienstverweigerer mit unverschuldet und unbelehrbar „irrendem Gewissen" staatlichen Schutz zubilligen. Unter den katholischen Laien jedoch gärt allenthalben ein echt christlicher Pazifismus, wie die Namen Reinhold Schneider, Johannes Fleischer, Georg Heidingsfelder, Klara-Maria Fassbinder, Christa Thomas, Peter Nellen beweisen. Aber der wichtigste Grund für eine absolute Kriegsdienstverweigerung dürfte weder die christliche Nächstenliebe noch die philosophische Humanität und auch nicht Gandhis Gewaltlosigkeit sein, sondern das konkrete Erleben der beiden Weltkriege und das aus ihm gewonnene, sehr weit verbreitete Gefühl menschlicher Solidarität gegen die Unmenschlichkeit allen Kriegsgeschehens. Von diesem vage durch die Menschheit gehenden Empfinden ist auch ein großer, wahrscheinlich der größte Teil der wehrpflichtigen Jugend Deutschlands ergriffen worden — und auf die Jugend kommt es letztlich und entscheidend an.

Zahlreiche pazifistische Zusammenschlüsse und Gesellschaften — wie die Deutsche Friedensgesellschaft von 1892, die War Resisters International von 1921, die Liga der Wehrdienstgegner von 1955 und zahlreiche örtliche oder regionale Interessengemeinschaften — erfüllen gegenwärtig die große Pflicht, nicht etwa das Gewissen zu organisieren — was unmöglich ist —, sondern den Schutz für das Gewissen der großenteils hilflosen Jugend, wie es ein bekannter Jurist treffend erklärt hat.

Als wichtiges Schrifttum zu dieser Frage sei genannt: Karl Heinz Spalt: Der weite Weg. Ein Handbuch über den Pazifismus. Aachen 1947. — Johannes Ude: Du sollst nicht töten! Dornbirn (Österreich) 1948. — Georg Heidingsfelder: Wehrmacht und katholische Jugend. Krefeld 1955. — Walter Dignath: Kirche, Krieg, Kriegsdienst. Hamburg-Volksdorf 1955. — Johannes Fleischer: Das fünfte Gebot und der christliche Friedensauftrag. Donaueschingen 1955 (Selbstverlag des Verfassers, Donaueschingen, Haldenstr. 1, DM 2,—). — Kirche und Kriegsdienstverweigerung. Ratschlag des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland mit Begründung und dokumentarischem Anhang. München 1956.

Individualismus und Kollektivismus - Gedanken zur Koexistenz und zur Wiedervereinigung

Von Klemens Brockmöller, S. J.

I. Zwischen Individualismus und Kollektivismus

Der Versuch, im Rahmen der Problematik um die Koexistenz von „Westen" und „Osten" und der Wiedervereinigung des getrennten Deutschland einen Einblick in das Problem von Seiten der verschiedenen Ideologien her zu geben, ist nicht möglich ohne Beachtung der mitschwingenden Verknüpfung mit den politischen und wirtschaftlichen Wandlungen, in denen wir gegenwärtig stehen.

Es dürfte wohl selbstverständlich sein, daß hier der Begriff Ideologie gleich Weltanschauung nicht im Sinne von Karl Marx gebraucht wird, der in der materialistischen Geschichtsauffassung für die gesamte gesellschaftliche Entwicklung als den entscheidenden Faktor die Änderung der Produktion der zum Leben notwendigen Güter sieht, auf dem sich dann sowohl der politische als auch der ideologische Überbau erhebt. Folgerichtig sagt diese Auffassung, der Mensch sei in seinem Verhalten und seiner Ideologie nur ein Produkt der wirtschaftlichen Umwelt.

Streicht man das „nur" und ersetzt es durch das Wörtchen „auch", erkennt man die innere Beziehung zwischen einer Ideologie und den tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnissen, und die Forderung, daß eine Reform der einen notwendig eine Reform der anderen mitbedingt.

Papst Pius XII. hat das in einer bedeutsamen Ansprache an das italienische Centro zum Studium der internationalen Wiederversöhnung am 13. Oktober 1955 so ausgedrückt: „Das Studium der Geschichte und Rechtsentwicklung seit ferner Zeit lehrt, daß einerseits eine Umwandlung der wirtschaftlichen und sozialen (manchmal auch der politischen) Verhältnisse auch eine Neuformulierung der Postulate des Naturrechts verlangt, denen die bis dahin herrschenden Systeme nicht mehr gerecht werden, andererseits aber, daß bei diesen Veränderungen die Grundforderungen der Natur immer wiederkehren und mit größerer oder geringerer Dringlichkeit sich von einer Generation auf die andere übertragen. Hierin findet ein aufmerksamer Beobachter die immer wieder auftauchende Anerkennung der Persönlichkeit des Menschen mit ihren Grundrechten auf materielle und nichtmaterielle Gegenstände und folglich die unzerstörbare Weigerung, die Person von der Gemeinschaft aufsaugen zu lassen und, daraus sich ergebend, die persönliche Tätigkeit zum Erlöschen zu bringen. Als Gegenstück findet man gleicherweise die Zurückweisung der übertriebenen Selbstbehauptung des Einzelmenschen und des einzelnen Volkes, die sich nicht nur dem notwendigen Dienst an der Gemeinschaft nicht entziehen dürfen, sondern zu einer positiven Leistung verpflichtet sind."

West-östlicher Gegensatz

Betrachtet man zunächst phänotypisch, d. h. vom äußeren Erscheinungsbilde her, die gegenwärtige Situation, so zeigt sich als maßgebliches Bild eine Menschheit, die in zwei große Blocks geteilt ist, in den „Osten", der unter der politischen Führung der UdSSR steht und eindeutig von der Ideologie des Kollektivismus geprägt ist, und den „Westen", der unter der politischen Hegemonie der USA steht und dessen innere Prägung eindeutig von der Ideologie des Individualismus bestimmt wird. Dem machtmäßigen, politischen Gegensatz zwischen dem „Osten" und dem „Westen" liegt dieser tiefere Gegensatz der verschiedenen Ideologien des Kollektivismus und Individualismus zugrunde. Wenn er auch nicht der einzige Faktor ist, so ist er doch der entscheidenste, weil er die Gesamtheit der Lebensordnung durchdringt bis in die wirtschaftliche, kulturelle, philosophische, ja, religiöse Tiefe.

Unsere deutsche Situation ist dadurch charakterisiert, daß durch die geschichtliche Entwicklung der allgemeine Gegensatz von „Osten" und „Westen" zu einer innerdeutschen Angelegenheit mit ganz eigenartiger Verzahnung in den allgemeinen Gegensatz geworden ist.

Man kann nun politisch das Problem der Wiedervereinigung in der Formulierung von drei Möglichkeiten zu lösen versuchen — erstens: in einer Wiedervereinigung als Integration des westlichen Anteils unseres deutschen Volkes in den östlichen, oder zweitens: als Integration des östlichen Teils in den Westen, oder drittens: als Integration beider Teile in ein neues größeres Gebilde. In jedem Fall, der vielleicht durch politische Mittel zu erreichen ist, bleibt als ungelöstes Problem die verschiedene innere ideologische Ausrichtung. Die Wiedervereinigung ist zum mindesten nicht nur ein politisches, sondern auch — vielleicht sogar noch mehr — ein ideologisches Problem.

Vor dem Eingehen aber auf das, was dazu von der Betrachtung der Ideologien her zu sagen wäre, erscheint noch eine andere Bemerkung notwendig: möglicherweise trifft nämlich diese gewohnte phänotypische Betrachtung der äußeren Lage im Sinne eines dualistischen Gegensatzes schon heute nicht mehr zu und wird erst recht in naher Zukunft nicht mehr zutreffen!

Durch den Koreakrieg und den Krieg in Indochina gezwungen, hat China sich zu industrialisieren begonnen. Das ist ein Prozeß, der in etwa 30 Jahren durchgeführt sein kann. Hier, im Westen, hat man zwar zu diesem Industrialisierungsprozeß etwa hundert Jahre gebraucht, weil erst die dazu gehörige Technik entwickelt werden mußte. Wird jedoch eine fertige Industrialisierung übernommen, dauert ein solcher Prozeß etwa 30 Jahre, wie die Beispiele Japan und Rußland beweisen.

Denkt man aber allein an China, und weiß man, daß dieses Volk nicht nur 600 Millionen Menschen zählt, sondern auch, daß davon 41,08 v. H. unter 18 Jahren alt sind, und vergleicht man dann endlich diesen Bevölkerungsdurchschnitt mit dem bei den westlichen Völkern, überlegt man ein wenig nüchtern wirtschaftlich und politisch und beachtet dann, was es für die Konkurrenz auf dem Weltmarkt bedeutet, daß ein solches Volk mit erstens einer solchen Zahl von jungen und sehr billigen Arbeitskräften, zweitens den modernsten Anlagen und drittens mit allen Rohstoffen bei günstigen Vorkommen im eigenen Lande auf den Plan tritt — — dann verstehen wir, daß diesem Volk ein Selbstbewußtsein zukommt, das nicht nur Mitbestimmungsrechte, sondern Führungsansprüche anmelden wird. Dieses übervölkerte und industrialisierte Land neben dem kaum bevölkerten sowjetrussischen Asien wird mit biologischer Folgerichtigkeit und Kraft in diesen Raum drücken, und das bedeutet, daß die Sowjetunion Bundesgenossen braucht. Können wir uns wundern, daß sie sie schon heute beim neutralen Indien und im Westen sucht, wozu sie eigentlich immer gehört hat und ihrer inneren Ausrichtung nach auch heute noch gehört? Können wir uns wundern, daß sie Parolen wie die Koexistenzformel und Korrektur des Stalinmythos braucht, ohne ihre Ideologie opfern zu wollen? Weil auch China weitgehend der Ideologie des Kollektivismus zugetan ist, darf es im Rahmen dieser Betrachtung nicht übersehen werden.

In diesem Zusammenhange zunächst eine kurze Begriffsbestimmung der verschiedenen Ideologien, des Individualismus und des Kollektivismus!

Individualismus, von Individuum = Einzelwesen, besagt: alles ist vom einzelnen, von seinen Rechten, von der Freiheit des einzelnen her und auf das Wohlergehen des einzelnen hin orientiert. Kollektivismus, von Kollektiv = Zusammenfassung, bedeutet: alles ist umgekehrt von der Summe, dem Ganzen her bewertet, und der einzelne hat sich vollständig der Gesamtheit einzuordnen. Heinz v. Homeyer hat in seinem Roman „Der leuchtende Berg" Sergej Iwanowitsch das so ausdrücken lassen: die Menschheit ist mit einem Strome zu vergleichen, der einzelne mit dem Tropfen im Strom. Das Problem ist nun, wer das Gesetz des Handelns bestimmt — bestimmt das Gesetz des Tropfens das Gesetz des Stromes, oder bestimmt umgekehrt das Gesetz des Stromes das Gesetz des Tropfens? In diesem Vergleich ist das Problem beschlossen, ob die Gesamtheit des menschlichen Lebens vom Einzelnen oder vom Ganzen her bestimmt wird, und das ist auch der ideologische Gegensatz der Systeme des Westens und des Ostens in einer phänotypischen Betrachtung.

Der Westen — das geistige Vaterhaus des östlichen Kollektivismus

Wenn man jedoch dies alles nicht nur phänotypisch, d. h. seiner äußeren Erscheinungsweise nach, sondern auch genotypisch, d. h. nach seiner inneren Entstehungsweise, betrachtet, muß man feststellen, daß diese Ideologie erstens auf dem Boden des westlichen Individualismus, zweitens aus der inneren Gedankenordnung, aus der Ideologie des westlichen

Individualismus, und drittens in einem bewußten Gegensatz zur Ideologie des Individualismus geworden ist.

Ferner ist zu beachten, daß diese Abkehr sich nicht nur als Auszug und Gegensatz philosophisch-weltanschaulicher Entwicklung, sondern mindestens auch ebenso sehr als Auszug und Gegensatz wirtschaftlich-sozialer Entwicklung vollzogen hat, die Formen und Inbrunst einer religiösen Heilserwartung bekamen.

Schon aus diesem Grunde scheint eine Rückkehr in das geistige Vaterhaus unmöglich zu sein. Bei einer intensiv und extensiv so gewaltigen Bewegung — auf der Seite des „Ostens" stehen etwa 800 Millionen, das ist ein rundes Drittel der Menschheit — kann eine Rückkehr ins geistige Vaterhaus nicht erfolgen, ohne daß sich hier etwas geändert hat. Ja, es wäre sogar unverantwortlich, wenn sie versucht würde — denn so falsch und auf die Dauer untragbar das neue System des Kollektivismus ist, so falsch und untragbar ist auch das System des westlichen Individualismus! Beide sind sie in dem Maße falsch und untragbar, in dem sie zwei Extreme einer und derselben Sache darstellen!

Es soll versucht werden, das geistig und historisch herauszuarbeiten.

Das ewige Problem allen philosophischen Mühens der Menschen, worin versucht wird, sich selbst und alles Seiende zu begreifen und seine innere Ordnung zu bestimmen, ist doch die Frage: Was ist das eigentlich Reale? Ist es das Allgemeine oder ist es das konkret existierende Einzelne?

In der platonischen Philosophie findet sich die Grundauffassung, daß das Allgemeine das Reale ist, das einzeln konkret Existierende hat nur insofern Realität, als es an der Realität des Allgemeinen Anteil hat. Das ist der Kern dessen, was man später als platonische Ideenlehre bezeichnet hat.

Als entgegengesetztes Extrem könnte man die Vorstellungen der Philosophie des Existenzialismus anführen. Es antwortet auf die Frage nach dem Realen mit der Feststellung: das konkret einzeln Existierende. Die Existenz ist das Entscheidende.

Dazwischen liegen alle übrigen Systeme und Versuche, menschliche Ordnung zu begreifen und zu verwirklichen.

Das Prinzip der Einheit im Mittelalter

In der geschichtlichen Entwicklung ist es nun so gewesen, daß erst in der dritten Epoche der abendländischen Kultur, die man als Neuzeit zu bezeichnen pflegt, die individualistische Ausrichtung vom einzelnen her zum einzelnen hin maßgeblich geworden ist, gegen die nun am Morgen einer neuen Epoche — ob wir sie Atom- oder Industrie-Zeitalter benennen, bleibt sich gleich — das System des Kollektivismus in die Schranken tritt.

Bis ins hohe Mittelalter hinein war die platonische Ideenlehre bestimmend, sowohl für das geistige Denken als auch für die praktische wirtschaftliche und staatliche Ordnung. Die Kultur des Abendlandes im Mittelalter war typisch eine Kultur der Gemeinschaft. Augustinus, der mit seinen Ideen vom Gottesstaat der geistige Vater des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation wurde, war typisch neuplatonisch orientiert. Alle Lebensformen der abendländischen Menschen dieser Zeit waren von der Idee der Gemeinschaft beherrscht. Die Einheit des Reiches — und es war für den damaligen Gesichtskreis die Menschheit schlechthin — stand weit über der Bedeutung der Freiheit des einzelnen. Es ist sogar eine ernste Frage, wie weit die Idee der Freiheit des einzelnen, die wir heute als den innersten Kern und Wert der abendländischen Kultur bezeichnen, im Mittelalter überhaupt eine Rolle gespielt hat. Der einzelne hatte sich ganz und gar in die Allgemeinheit des Reiches und seines Wohles einzuordnen.

Ein typisches Beispiel haben wir in den oft ganz falsch gedeuteten Glaubensprozessen der Inquisition, die damals ausgetragen wurden. Wenn der einzelne sich die Freiheit genommen hatte, zu denken, wie es ihm richtig schien, wurde er zunächst vor ein Glaubensgericht gebracht. Wurde dort festgestellt, daß er von der Einheit des Glaubens abgefallen war, so kam der Staatsanwalt und legte seine Hand auf ihn. Er wurde vom staatlichen Gericht belangt und zu Tode gequält. Warum? Nicht eigentlich, weil er die Einheit der Kirche verlassen hatte, sondern, weil er ein Hochverräter im staatlichen Sinne geworden war. Die geistige Einheit in der Einheit des Glaubens war nach damaliger Denkordnung die Grundlage für die äußere Einheit des Reiches. Dieser Gesamtheit der Einheit des Reiches wurde der einzelne rücksichtslos geopfert. Das ist ein völlig anderes Denken

als das neuzeitliche, das oft unbekümmert als im Westen immer vorhanden gewesen hingestellt wird.

Die neue philosophische Begründung des Individualismus kam erst im Nominalismus auf, der sagt: das Allgemeine ist nur ein Name — lateinisch: nomen — und keine Realität, Realität hat nur das konkret einzeln Existierende. In der Renaissance wurde die ganze Lebenshaltung der abendländischen Menschheit dementsprechend neu geprägt. Es begann der Prozeß, der im 18. und 19. Jahrhundert mit dem vollen Siege des Individualismus endete.

Nur einige Hinweise dazu!

a) Im politischen Denken setzten sich gegenüber der Reichsidee die Fürstenfreiheiten durch, die zu dem politischen Ideal des Abendlandes in der Neuzeit wurden, der nationalstaatlichen Souveränität. Diese neuzeitliche Staatsidee von der nationalstaatlichen Souveränität, in der sich ein Volk als ganz und gar für sich bestehendes politisches Einzelwesen etablierte, von anderen Staatsgebilden abgrenzte, sich autonom setzte bis in die transzendenten Bereiche hinein, ist typischer Individualismus im Politischen. Es bedürfte einer ernsten Gewissensforschung, wie weit unsere gegenwärtige Problematik des Politischen und speziell in Fragen der Wiedervereinigung auch von diesem längst überlebten Prinzip bestimmt wird!

Dasselbe gilt von der inneren Strukturierung des Staates. Denken wir an die Formulierung der Französischen Revolution, wonach sich der Staat als „contract social" darstellt! Diese Denkweise geht von der Voraussetzung aus, daß ein Einzelmensch unabhängig neben einem anderen steht und sich mit ihm aus Nützlichkeitsgründen heraus zur Gesellschaft zusammenschließt, woraus sich dann der Staat entwickelt, ein notwendiges Übel, das dem einzelnen möglichst weitgehende Freiheiten lassen soll. Der Staat ist in dieser Denkweise vollständig auf das Wohlergehen des einzelnen hin ausgerichtet, eine Ausrichtung des einzelnen auf das Gemeinwohl hin ist in dieser Ideologie nicht eigentlich berechtigt und anerkannt.

b) Im wirtschaftlichen Bereich erfolgt dieselbe Umordnung. Das mittelalterliche Wirtschaftsleben hatte Gemeinwirtschaft, gelenkte Wirtschaft, wie wir heute sagen würden. Der einzelne konnte nicht wirtschaften, wie er wollte, er konnte nicht nach Belieben seinen Beruf wählen, er war in seiner Ordnung gebunden — denken wir z. B. an das straffe Zunftwesen! — und hatte auch kein individualistisch bestimmtes Privateigentum. Erst mit dem Aufkommen der Neuzeit ist das liberale Wirtschaftssystem mehr und mehr zur Herrschaft gekommen, wirtschaftswissenschaftlich als Liberalismus begründet und in die Wirklichkeit überführt worden. Nun ist der einzelne frei. Er kann wirtschaften, wie er will. Er braucht keine Rücksicht mehr zu nehmen auf die gesellschaftlichen Bindungen. Er kann den anderen Wirtschaftenden unter wirtschaftlichen Druck setzen und ihn so überrunden. Die freie Marktwirtschaft kommt auf, in der sich alles nur nach dem wirtschaftlichen Prinzip des Angebots und der Nachfrage einspielt. Der einzelne Unternehmer darf auch den wirtschaftlich unter ihm Stehenden durchaus für sich und seine eigene wirtschaftliche Prosperität in Anspruch nehmen. Der einzelne und seine wirtschaftliche Rentabilität ist das Ziel allen Wirtschaftens. War früher der einzelne eingeordnet und ausgerichtet auf das Allgemeinwohl, so wurde es jetzt umgekehrt, das Ideal wurde das wirtschaftlich autonome Individuum.

c) Das ging bis in die ethischen Systeme hinein. Die gesamte Ethik wurde Individual-Ethik, vom einzelnen her orientiert, als autonomem Individuum. Die Sittlichkeit wird als Vervollkommnung des einzelnen aufgefaßt. Im religiös-ethischen Bereich kommt die Redensart vom „unendlichen Wert des einzelnen" auf. Alles wird der subjektiven Gewissensverantwortung unterstellt. Wenn diese Ausrichtung im evangelischen Bereich der Christenheit stärker hervortritt, so hat das seine natürliche Erklärung darin, daß Luther wesentlich vom Nominalismus geprägt war. Auf katholischer Seite haben wir entsprechend die Betonung des Wertes der einzelnen Menschenseele in der Aszetik. Im Mittelalter selbstverständliche Ordnung der Ganzheit und Gemeinschaft von Glauben und Wissen, der Gnadenordnung und Erbsündenlehre, daß der Mensch durch die Erbsünde der Fülle des übernatürlichen Lebens entbehrt und in seiner natürlichen Ordnung geschwächt ist, weil der einzelne an der menschlichen Natur Anteil hat, die nicht mehr in Ordnung ist — — sie finden in der neuzeitlichen Theologie trotz der verschiedenen Schulmeinungen

keine rechte Erklärung mehr, weil das Allgemeine als Realität kaum noch gesehen oder ernstgenommen wird. Die große Konzeption der Kirche als Gemeinschaft des übernatürlichen Lebens im Corpus Christi mysticum, die heute auf evangelischer Seite erst langsam wieder zur Geltung kommt, zerfiel mehr und mehr, weil das gesunde Gemeinschaftsdenken dem individualistischen Menschen- und Weltbilde gewichen war.

d) So könnten und müßten eigentlich noch viele Symptome des Zerfalls menschlicher Gesellschaftsordnung aufgezeigt werden, der schließlich das emanzipierte und bindungslose Individuum als Frucht gezeitigt hat, das bar aller Bindungen und Verpflichtungen schließlich keinen Lebenssinn mehr sieht und im Nihilismus endet — die moderne Psychiatrie hätte viel zu dieser Besinnung beizusteuern —, und im Konkurrenzkampf aller gegen alle ... jenes Zerfalles, der in den großen Katastrophen endete, die die Geschichte der ersten Hälfte unseres zwanzigsten Jahrhunderts als Geschichte der Klassenkämpfe und Weltkriege gezeichnet haben.

Von der Agrarkultur zur Industriekultur

Katastrophal wurde diese individualistische Ausrichtung, als sich im 19. Jahrhundert durch die Umstellung auf Industrialisierung ein Prozeß entwickelte, den wir nur als Übergang von einer Kulturstufe zur anderen, als Übergang von der Agrarkultur zur Industriekultur bezeichnen können. Es ist ein ähnlicher Prozeß wie beim Übergang von der Nomadenkultur, in der die Menschen von der Viehzucht als hauptproduktivem Gut lebten, zur Agrarkulturstufe, auf der Grund und Boden und seine wirtschaftliche Bebauung zum heimatproduktiven Gut wurde. So kam im 19. Jahrhundert als Frucht der naturwissenschaftlichen Erkenntnisse die Industrialisierung auf, die innerhalb verhältnismäßig kurzer Zeit zu der Umstellung führte und führt, daß der größere Teil der Menschen nicht mehr von der Bebauung des Bodens, also von der Agrarkultur, sondern von industrieller Tätigkeit, kurz gesagt: von der Industrie, lebt.

Weil in diesem entscheidenden Übergang die Ideologie des Individualismus die neu aufkommenden sozialen Probleme nicht gemeistert hat und wohl auch nach ihrer inneren Struktur nicht lösen konnte, kam jene Gegen-Ideologie des Kollektivismus auf und bot sich mehr und mehr als die Heilslehre an, die wir heute als die herrschende Ideologie des Ostblocks bezeichnen müssen.

Die Ideologie des Ostens ist das natürliche Kind der Ideologie des Westens, der Versuch ihrer Überwindung — zwar wesenhaft und aus innerer Folgerichtigkeit Gegensatz und doch zugleich nichts anderes als dasselbe, nur mit dem entgegengesetzten Vorzeichen! Hier stehen wir vor dem innersten Kern des Problems: Koexistenz und Wiedervereinigung.

Und, so wollen wir gleich hinzufügen: vor einem aussichtslosen und unlösbaren Problem, w e n n nicht eine neue Idee eine neue Ordnung aufbauen hilft, in der eine Verbindung der zwei gegensätzlichen Extreme möglich wird. (Wird fortgesetzt.)

Mars unter uns

Von Johannes Weidenheim

Der 4. November 1956, ein grauer, grauer Sonntag — Totensonntagswetter — war in unserer deutschen Stadt seit langem wieder — mindestens seit Korea — ein Tag, an dem die Menschen in der Straßenbahn anfingen, spontan miteinander zu reden.

Zuerst schien es freilich nicht, als würde einer etwas sagen. Sie saßen stumm da, jeder für sich, wie sonst auch. Aber doch auch nicht jeder für sich; denn man konnte ihnen förmlich ansehen, daß sie alle an dasselbe dachten: an Kairo und an Budapest, an Krieg und an die bange Frage: was soll nun werden? Und einige von ihnen dachten vielleicht noch weiter: daran, daß innerhalb weniger Tage ein und dieselben Mächte vor dem machtlosen Rate der Welt einmal auf der Bank des Klägers und einmal auf der Bank des Angeklagten gesessen hatten; daß die Worte Gerechtigkeit und Frieden und Freiheit wieder einmal wie Masken von den Gesichtern der Macht abgefallen waren; daß der Zwang der Interessen vielen Regierungen, auch der eigenen, auferlegte, eine und dieselbe böse Tat, von Verbündeten begangen, zu entschuldigen, vom Gegner be-

gangen, aber zu verdammen; daß also die kaum gelegten neuen sittlichen Grundlagen der ganzen Welt — die da „verhandeln, verhandeln und wieder verhandeln" heißen sollten — zu beben begonnen hatten.

Es war der stillste Sonntag seit langer Zeit. Und es saßen gar nicht viele Menschen in der Straßenbahn. Auch auf den Straßen waren nur wenige zu sehen. Die meisten — schrieben die Zeitungen am anderen Morgen — seien daheim geblieben, um am Rundfunk die tragischen Ereignisse an Nil und Donau zu verfolgen. Vielleicht aber stellten sie auch sorgfältig eine Liste jener Waren auf, die nunmehr zu hamstern seien.

Diejenigen aber, die am 4. November in dem einen Wagen der Straßenbahn saßen, fingen jedenfalls plötzlich miteinander zu reden an. Am großen Platz gab es Rotlicht, und da entdeckte einer unversehens die Tauben, die sich auf dem Bahnsteig tummelten. Er sah, wie schön die Tiere waren, und er teilte es laut mit, irgendwem. Ein anderer bemerkte, sie seien wohlgenährt, das Publikum sorge gut für sie. Ein dritter stellte die Frage, wo sie dann wohl nisten möchten, inmitten von Bankhäusern und Läden. Das wußte niemand genau, aber es wurden Vermutungen ausgetauscht, aus denen Bewunderung sprach: Seht, wie klug es sich solche Tiere doch einrichten auf der Welt! Und ein alter Mann sagte versonnen: „Ja, ja, die brauchen keine Politik!"

Das alles dauerte vielleicht dreißig Sekunden. Für diese Zeit waren die zehn oder zwölf Menschen im Wagen wie eine Gemeinde. Und die Tauben da draußen waren wie ein Lied, das die Gemeinde verband. Und ganz dicht war jene Angst zu spüren, die der Menschen bestes Teil ist: die Angst um den Frieden.

Es waren dreißig gute, brüderliche Sekunden.

Bis dann einer sagte — und auch er meinte die Tauben —: „Sechs oder sieben davon — das wäre ein feines Gulasch für Pappi!" Er lachte dazu auf, und sein Lachen scholl wie ein Schuß durch den Wagen:

Mars war unter uns! Und wir warfen ihn nicht hinaus. Einige lachten sogar mit ihm.

Da gab es Grünlicht, und es ging weiter.

Gewissen - Bindung in Freiheit

Von Josef Emonds

Es sollen probati autores sein, erprobte Gewährsmänner, auf die sich der Christ und schließlich auch der Mensch bei Bildung seines Gewissens in zweifelhaften Fragen stützt. Daß es die Bereiche des Zweifelhaften gibt, Bereiche, in denen nach Ermessen dieses oder jenes für richtig gehalten wird, braucht nicht erst mit der goldenen Regel des Kirchenlehrers Augustinus, des Heiligen, bewiesen zu werden: „In den notwendigen Dingen Einheit — in den zweifelhaften Freiheit — in allen aber die Liebe."

Bei der Stellungnahme in den zweifelhaften Dingen greift der Mensch nach den erprobten Gewährsmännern. Es wird in den zweifelhaften Bereichen immer mehrere Gewährsmänner geben, Häupter oder Nachfolger von Schulen, die eine Ansicht in einer Frage vertreten und sie mit Gründen verteidigen. Daß es mehrere Ansichten gibt, folgt aus der Natur der zweifelhaften Sache. Daß es Streit und Fehde zwischen den Schulen gibt — wen sollte das wundern? Aber an der Koexistenz der Ansichten im zweifelhaften Bereich ändert die Fehde nichts. Man kann nur mit Gründen die Gründe des Anderen bekämpfen, und dieser Wettkampf dient der geistigen Durchdringung des Bereiches. Dem Menschen, der nach den erprobten Gewährsmännern sucht und in ihnen Autorität, Urhebermacht der Wahrheit und der Heiligkeit findet, ist die geistige Durchdringung des zweifelhaften Bereiches notwendige Hilfe zur Bildung des Gewissens.

Im Problem der Kriegsdienstverweigerung ist der Bereich des Zweifelhaften durch eine erfreuliche Kontroverse durchleuchtet worden, vor allem mit einer Stellungnahme des dem Predigerorden angehörenden Paters Stratmann, der die Wundmale des Kampfes um Freiheit und Frieden vorzuweisen vermag. Sein Buch „Kirche

und Friede" gilt als unvergleichliches Standardwerk in dieser Frage.

Das Gutachten des Paters Hirschmann, S. J., das in der Bundestagsdebatte oft zitiert wurde und dennoch mit seinem wesentlichen Gehalt nicht in die Fassung der einschlägigen Gesetzesparagraphen einbezogen worden ist, erkennt den Gewissensentscheid eines situationsbedingten Dienstverweigerers als echt an. Auch nennt es Situationen, die heute zur Weigerung berechtigen könnten. Dann aber heißt es, bei diesen situationsbedingten Verweigerern handele es sich um ein objektiv irriges Gewissen, dem zu folgen der Mensch subjektiv verpflichtet sei und vor dem der Gesetzgeber Achtung haben müsse. „Denn alles, was gegen das Gewissen ist, ist Sünde" — und gewiß wird sich doch kein Gesetzgeber von heute einer offenkundigen Vergewaltigung des Gewissens schuldig machen wollen! Allerdings: im Gesetzgebungswerk vom 6./7. Juli d. J. sucht man dort, wo es sich um das situationsbedingte Gewissen handelt, vergeblich nach der Achtung vor dem Recht freier menschlicher Entscheidung, und an ihrer Stelle findet man die Absicht des Zwangs zum Sündigen.

In einer Zuschrift an den „Christlichen Sonntag" bestreitet Pater Stratmann OP, daß das Gewissen eines situationsbedingten Verweigerers ein irriges Gewissen sei. Neben die momentane Situation — ein Untergebener verweigert seinem Vorgesetzten den Gehorsam bei einem ungerechten Befehl, z. B. bei der befohlenen Tötung Unschuldiger — stellt er die länger andauernde Situation — Dienst im Einsatz von ABC-Waffen, also Massenmord und kollektiven Selbstmord. Von dem momentanen Verweigerer sei hier nicht weiter gesprochen — Gott beruft auch Soldaten zum Martyrium, die den ungerechten Befehl auszuführen sich weigern: denn was haben St. Gereon und seine Gefährten der Thebäischen Legion anderes getan, um hingerichtet zu werden?

Aber, so sagt die Autorität Pater Stratmann, auch der situationsbedingte Weigerer hat kein irriges oder irrendes Gewissen! Zu diesem zwingenden Schluß kommt dieser Ordensgeistliche, weil er sich nicht darauf beschränkt, das Sittengesetz formal zu verkünden; vielmehr wendet er es auf die Situation des künftigen ABC-Krieges an.

Warum soviel Aufhebens vom Gewissen?, fragen manche. Einer redet von der „Lüge des Gewissens", ein anderer macht sich lustig über den „Verschleiß des Gewissens" — beide sind nicht irgendwelche Beliebige, sondern Männer in hohen Stellungen des Staates ...

Selbst über dem Gericht von Nürnberg lag noch immer ein Schimmer des Gewissens. Dort wurde verurteilt, weil man dem ungerechten Befehl nicht widerstanden hatte. Immerhin noch Glanz des Gewissens, wenn auch die menschlichen Werkzeuge des Gerichts selbst vielfach im Zwielicht standen!

Warum Gewissen?

Weil das Handeln nach dem Gewissen das Zeugnis Gottes in den Menschen und das Zeugnis, das einsame, echte Zeugnis des Menschen für Gott ist!

Vom Aufstand des Gewissens spricht und liest man in Verbindung mit dem 20. Juli 1944. Was aber soll ein Unterschied gemacht werden zwischen dem Gewissen, das momentan sich regt in der Verweigerung, und dem, das vorher in der Situation sich regt? Neben dem Märtyrer, d. h. dem Zeugen im Moment, soll es den Zeugen nicht geben, der vorher sieht? Was müßte der echte Soldat den echten Verweigerer anerkennen, beide Zeugen des Gewissens! Was müßte er ihn suchen, um sich selber sittlich begründen zu können! Zur sittlichen Selbstbehauptung hat der eine den anderen in der Ökonomie des Geistes nötig.

Wird es den Zeugen Gottes im Gewissen oft geben? Das weiß niemand.

Aber daß die Durchdringung des Atom-Zeitalters mit dem allgemeinen Sittengesetz durch existierende Menschen die katholische Einheit von Form und Materie schafft und daß dies die Hoffnung ist, das ist ohne Zweifel für denjenigen, der nicht aus Gewalt- oder Nützlichkeits-Verfallenheit, aus Formalismus, restaurativem Denken oder der Besessenheit des Freund-Feind-Gegensatzes — — — Nihilist ist.

Deutschland in der Ost/West-Situation - und das christliche Gewissen

Von Professor Dr. Leo Weismantel

Mit einer wirklich christlichen Haltung ist es unvereinbar und eigentlich nur politisches Falschspiel, allein den Osten zu beschuldigen, daß er für das Fehlschlagen aller Bemühungen um unsere Wiedervereinigung verantwortlich sei, und dabei dem deutschen Volk zu verschweigen, wo die Wurzeln für die unheilvolle Entwicklung bis heute liegen. Schuld an ihr tragen doch ganz gewiß auch die Begründung der Bundesrepublik und die Inanspruchnahme Westdeutschlands als militärischer Stützpunkt für die amerikanische Expansionspolitik. Mag auch das kindergartenhafte Spiel mit der bundesrepublikanischen Staatssouveränität die Mitspieler begeistern — kein ernsthafter Zuschauer wird sich darüber täuschen, wie in Wahrheit das Weltspiel steht.

Deutschland muß erst wahrhaft sein, ohne sich mit den hohlen Phraseologien einer angeblich freien Welt abfüttern zu lassen, es muß zunächst einmal zu sich selbst kommen und seinen Standort in der Welt durch klares Überdenken der Sachlage finden dürfen: das aber erfordert die Ausklammerung aus den Militärblocks des Westens wie des Ostens.

Jede andere Politik des westdeutschen Teilstaats ist in jedem Betracht einfach anachronistisch. Nach zehnjährigen Irrwegen lenkt die große Politik ein, in Washington wie in Moskau. Es ist hoch an der Zeit, daß die Politiker der Bundesrepublik dem Wahn entsagen, sie seien ein wesenhafter Faktor im Spiel der großen Mächte. Im Westen und im Osten wird man die Karte Deutschland in der Hand behalten und erst dann ausspielen, wenn sie der betreffenden Seite einen Gewinn bringt, oder aber man wird diese Karte wegwerfen und dem Gegner lassen, wenn an ihr nichts mehr liegt. Bedeutungsvoll wird sie erst, wenn die voneinander getrennten Teile jeder Satellitenpolitik entsagen, hüben und drüben, und wenn die Welt spürt, daß dieses Land zu sich selber heimfindet und in den gewaltigen Umwälzungen der Gegenwart seine aus den kosmischen Plänen des Weltenschöpfers erfühlbare Bestimmung zu erkennen beginnt.

Sie liegt in jener Lebensordnung, die Papst Pius XII. immer wieder mit dem Wort von der Koexistenz in der Wahrheit angesprochen hat. Sie liegt in jener Lebenszone, die der Bundeskanzler schon einmal sehr eindeutig und ganz klar gekennzeichnet hat, als er sagte:

> „Ich glaube, daß die Mehrheit des deutschen Volkes damit einverstanden sein würde, wenn wir, wie die Schweiz, völkerrechtlich neutralisiert würden."

Das war seine ursprüngliche und wahre, gute und wahrhaftige Einsicht, von der man ihn wieder abgedrängt hat. Er ist in die Zone der ebenfalls vom Papst gekennzeichneten „Existenz in der Furcht" hineingestoßen worden. Die von ihm geschauten Gefahren sind ungeheuerlich — aber sie sind ein Spuk, und wir alle sind verloren, wenn wir sie nicht zerschlagen. Das ist nicht möglich mit der Gewalt von Waffen. Sie aufzulösen ist eine Sache des Geistes.

Die größte Gefahr der Wiederaufrüstung und der Wiedereinführung der Wehrpflicht durch Bonn ist dabei noch nicht einmal die Lebensbedrohung, die sie militärisch über unser Volk heraufbeschwört: sie verbaut die Sicht auf unsere positive Sendung und Berufung, die uns gnadevoll noch zufallen könnte, nämlich wieder Brücke zu werden zwischen Westen und Osten.

Wir wollen unseren christlichen Glauben nicht vergessen, es falle vom Haupte eines Menschen kein Haar, es sei denn gezählt, und ganz im Religiösen bleiben, um nicht noch tiefer in die Irrung hinein- statt aus ihr herauszukommen. Wir sind in zwei Teilstaaten gespalten, keiner vom deutschen Volke geschaffen, sondern Notgebäude unter dem Druck der Verhältnisse entstanden und nach ihren Grundgesetzen allein dazu verpflichtet, sich selbst überflüssig zu machen. Weder Bundes- noch Deutsche Demokratische Republik haben sich aus tiefer Erschütterung von dem Grauen erholen dürfen, in das die 1945 demaskierte Wirklichkeit des Hitlerstaates unser Volk geworfen hatte. Die Westmächte haben uns hierzulande eine westliche Demokratie aufgezwungen, die uns gerade als

Demokratie nicht imponieren kann, dafür aber sehr kindlich und naiv korrupt erscheint und mit einem wahrhaft christlichen Staatswesen gar nichts zu tun hat. Der östliche Teil unseres Vaterlandes ist in einen volksdemokratischen Arbeiter- und Bauernstaat verwandelt worden. Zu ihm haben, im Laufe der Jahre, aber auch andere Parteien als die ihn tragende Staatspartei ein Lebensverhältnis gefunden, das manche westlichen Politiker als vermeintliche Gleichschaltung erschrecken mag und dennoch eine politische Realität ist. Den Sinn dieser Wirklichkeit beginnt man im Osten gerade von christlicher Sicht her zu begreifen, während man auf westlicher Seite noch gar nicht recht merkt, was im Osten sich anbahnt und geschieht.

Was man tun muß, um zu einer Lebenslösung zu gelangen, wird hier mit Vorbehalten vernebelt, wie dem bekannten „Wir nehmen zwar mit der Bevölkerung Mitteldeutschlands rein menschliche Fühlung auf, lehnen es aber strikt ab, uns mit Funktionären politischer Parteien oder der Regierungsgewalt an einen Tisch zu setzen!" Derlei kann man unverblümt nur als knabenhaft und kindisch unreif bezeichnen, und man muß fragen, wie lange man noch einen politischen Sittenkodex für ausgewachsene Männer aufzustellen gedenkt, über den bald sogar die Kinder lachen werden. Setzte ich als Katholik mich mit einem evangelischen Geistlichen oder mit einem Buddhisten zusammen, verlange doch weder ich, von jenen in meinem Glauben anerkannt zu werden, noch denken jene überhaupt daran, sich durch mich in ihrem Sein bestätigen zu lassen. Wer so etwas verlangt, überwindet keine Schwierigkeit des privaten oder des völkischen Lebens, sondern verstrickt sich in spinösem, formalrechtlichem Krampf. Würde sich Bonn einmal aus solcher Verkrampfung lösen und mehr Mut als bislang zeigen, müßte es endlich erkennen, was im Osten vorgeht und daß dort sich das Fenster in eine Welt von Fragen öffnet. Durch dieses Fenster heißt es schauen, will man die schicksalhaften Strömungen der Menschheit von heute erkennen — und mag man die dort versuchten Lösungen auch ablehnen, die aufgeworfenen Fragen bleiben. Man kann ihnen nicht ausweichen.

Gerade auch von der Ost-CDU in der DDR wird etwas ungeheuer Mutiges und Positives unternommen, wozu sich die westdeutsche CDU/CSU bisher als völlig unfähig erwiesen hat. Denn sie beharrt im rein Restaurativen, wodurch ihre gesamte Politik echter religiöser und ethischer Grundlagen ermangelt. Diese Basis kennt die bundesrepublikanische Partei nur in propagandistischem Phrasendrusch. Sie wagt es nicht und wehrt sich dagegen, sich den echten Lebensfragen der Zeit zu stellen. Das mag — noch jetzt — im Westen möglich sein, aber die Christen in der Ost-CDU können nicht ausweichen. Sie würden untergehen, stellten sie sich nicht dem Auftrag, die Koexistenz in der Wahrheit zu suchen. Wie nötig hätte es die bundesrepublikanische Staatspartei, ihre so wenig eindrucksvolle Schaumschlägerei mit Prinzipien aufzugeben und sich ohne Kanonen oder Atombomben, wohl aber mit Christus als Führer den geistigen Auseinandersetzungen zu stellen, die uns der Osten auferlegt!

Dabei geht es vorerst und ausschließlich um das Erringen von Grundlagen einer Koexistenz in der Wahrheit. Das sollte nicht geleugnet werden, nur weil uns das hier geforderte Mindestmaß für eine solche noch nicht erreicht zu sein scheint. Gewiß, ein solches Mindestmaß muß errungen werden. Aber kein Bauer erntet, wenn er grundsätzlich nicht auf den Acker geht, und das in der Annahme, der Acker benehme sich nicht so, wie er sich eigentlich zu benehmen habe. So aber ist unsere ganze Bonner Politik — eben weil sie unchristlich ist — von einer erschreckenden Unrealität, und dazu will sie uns glauben machen, ihr Dozieren vermeintlicher Prinzipien sei gar eine Tugend. Ach nein, sie ist Feigheit vor dem Feinde, oder ein einziges Laster der Lieblosigkeit, nichts anderes. Denn sähe sie die Welt, wie sie ist, und nicht, wie sie nach billigen Programm-Quacksalbereien — aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts ererbt und bis heute nicht auf ihre jetzige Brauchbarkeit überprüft! — sein sollte, dann würde sie erkennen: daß ganze Ideologien und die sie tragenden Reiche versinken, daß die überkommenen Kolonial-Imperien zusammenbrechen und daß das keine Propagandatricks böser Kommunisten sind, sondern weltgeschichtliche Vollziehungen. Und vor allem würde und müßte man sehen, daß wir hier im Westen für verlorene Fronten reiten. Damit soll keineswegs einem Frontwechsel vom Westen zum Osten das Wort geredet sein. Es ist vorher klar genug herausgehoben worden, daß unsere künftige Aufgabe und Existenz die einer Brücke sein muß. Sie hat ihre Pfeiler hüben und drüben, ihr Bogen aber überspannt — den Abgrund.

Denken wir an das ganze Deutschland und an unser ganzes Volk, sittliche Realitäten vor und über den durch die Siegermächte erwirkten Notstandsteilen, so drängt sich die Frage auf: wie können wir uns auf die Seite von Kolonialmächten stellen, die infolge der weltweiten Umwälzungen selbst in einer Krise auf Leben und Tod stehen! Wir brauchen nur die wahrhaft unheimliche Lage Englands und Frankreichs ins Auge zu fassen und uns zu vergegenwärtigen, daß es genau so wenig wie im Osten auch im Westen eine christliche Politik gibt — um die zu kämpfen unsere echte Aufgabe ist —, dann wissen wir, was zu tun notwendig ist:

Da wir in aller Welt Freunde gewinnen wollen, auch unter den Staaten des Westens, müssen wir unsere Freundschaft dadurch bekunden, daß wir ihnen dort nicht zur Verfügung stehen, wo sie sich aus begreiflichen, aber hilflosen Ängsten und Schrecken heraus gegen die Einsicht wehren, daß erst einmal ihre eigene Umbildung not tue. Wahre Freunde sind wir für sie erst, wenn wir ihnen helfen, ihre neue Lebensform zu finden, und wir sind es ganz und gar nicht, wenn sie sich dem ihnen von der Entwicklung des Weltschicksals auferlegten neuen, veränderten Sein nicht beugen, sondern lieber eine ganze Welt in Brand stecken wollen. Jedes Eingehen auf derartige Manipulationen schafft schwerste Mitschuld.

In diesem unseren Deutschland aber will man die Friedensbewegung ächten. Wie töricht, wie schildbürgerhaft! Nur sie kann uns vor den drohenden Katastrophen retten, die die Fortdauer der Wehrbewegung auslösen muß und wird. Und weiter: in unserem Zeitalter muß um Formen der Koexistenz mit dem Osten gerungen werden, weil das schlechthin eine Lebensfrage für alle Völker geworden ist — unser Staat aber verbietet eine Partei wie die kommunistische. Angesichts der Weltmachtstellung des Kommunismus kann man derlei nicht mehr als politisch sinnvolle Aktion ansehen, sondern muß es als das Gegenteil einer solchen werten, zudem als Feigheit vor dem Feinde, wenn man die Kommunisten nun schon einmal um jeden Preis als Feinde betrachten will. Man sollte Vorkommnisse wie diese wirklich sehr ernst nehmen.

Vielleicht ist auch einmal für unsere maßgeblichen Politiker die Überlegung nicht abwegig, sondern angebracht: was bewegt Völker von vielen, vielen Millionen, ihr Schicksal gerade so und nicht anders in die Hand zu nehmen? Ob es sich nicht gar verlohnt, mit ihnen sich an einen Tisch zu setzen, zu sprechen und ernsthaft über das Schicksal unserer Erde zu beraten? Das würde doch keineswegs eine Anerkennung von Auffassungen bedeuten, die wir, aus christlicher Lebenssicht heraus, für irrig und sogar für höchst verhängnisvoll halten. Nicht darum geht es — das wissen auch die Kommunisten gut genug —, sondern um die Art und Weise, wie wir unsere Vorbehalte anbringen und gemeinsame Gefahren, aber auch gemeinsame Möglichkeiten darlegen. Tun wir das nicht, sprengen wir die Welt in die Luft. Jeder bislang mißlungene Versuch ist doch nicht, wie wir es gern sehen möchten, durch grundsätzliche Böswilligkeit des Gesprächspartners gescheitert, sondern aus anderen Gründen, und wir fragen, ob nicht auch (vielleicht sogar vornehmlich) durch unsere eigene Unfähigkeit, solche Gespräche so zu führen, daß der Partner die Gemeinsamkeit eines Lebensauftrages erkennen kann ... denn erst in diesem Augenblick, und von ihm an, haben wir in der Tat etwas miteinander zu tun.

Ja, miteinander haben wir die Welt neu einzurichten! Wenn das gelingen soll, geht es nicht an, daß wir nur bis an die Zähne bewaffnet zueinander kommen und jeder vom anderen glauben muß, er wolle ihm an den Hals.

Von hier aus gesehen, sind Noten wie die letzte bundesrepublikanische an Moskau (mit dem Beharren Westdeutschlands auf der NATO-Mitgliedschaft) sinnlose, unechte und eines sich christlich nennenden Staates unwürdige Aktionen. Sie dienen keinem wirklichen Bemühen um eine brauchbare Lösung, da jeder Urteilsfähige im voraus wußte, wie die Antwort lauten würde und tatsächlich auch lautete. Schwadroniert dann der gesamte westliche Blätterwald: „Ihr seht, die Russen wollen eben nicht!", so nennen wir das einen Volksbetrug — denn das alles hat man in Bonn ja sehr wohl vorher gewußt, und die ganze Manipulation bezweckt einzig, das Volk über die an der totalen Verfahrenheit der Situation Schuldigen zu täuschen. Es muß von den zuständigen Männern endlich zugegeben werden, daß man in dem Augenblick, in welchem man sich Amerika für seine antisowjetische Politik durch die Gründung des Bonner Teilstaates zur Verfügung stellte, den Friedensschluß auf unabsehbare Zeit hinausschob, Gesamtdeutschland aufs Spiel setzte und in der Tat auch verspielt hat — und dann sollen diese Männer abtreten! Das

muß in jedem normalen demokratischen Staat eine Regierung tun, die Jahre hindurch das Volk auf falsche Wege geführt hat. Statt dessen möge man doch nicht, um sich reinzuwaschen oder die bisherige Irreführung weiter zu bemänteln, das Volk in ständig ausweglosere Lagen bringen ... das nennen wir nicht demokratisch, und noch weniger: christlich.

Wenn Christus der Fürst des Friedens ist — und er ist es, denn das Schwert, das von seinem Munde ausgeht, der Logos, tötet nicht, sondern birgt in sich das Feuer der Verwandlung aus dem Tode ins Leben — kann es für keinen Christen eine größere und gewaltigere Aufgabe geben, als der Welt zu helfen, endlich den Frieden zu erringen. Wer in Waffen starrend Vorbehalte macht, ist nicht vertrauenswürdig und scheidet sich selbst von diesem Werk. Die deutsche Wiederbewaffnung bringt Deutschland um seine Vertrauenswürdigkeit — das ist der große und vielleicht tödliche Schlag Bonns gegen unsere Zukunft. Deutschlands Zukunft ist nur zu gewinnen aus der tiefen Erschütterung vor all dem Grauenhaften, das Menschen unseres Volkes bis 1945 getan haben, vor allem auch im Osten. Findet die Politik Bonns nicht zu dieser Tatsache zurück, und denkt Bonn sie nicht religiös durch, sich selber zum Heile, wird es Deutschland nur in den Abgrund stoßen.

Dann bliebe nur noch eine Hoffnung: daß die großen Spieler in diesem Spiele, wozu die Zeichen am Himmel erscheinen, die Stunde der Völkerwende erkennen und die Karte Deutschland aus den Händen fallen lassen, unter den Tisch. So oder so — das Schicksal geht dann über uns hinweg.

Darum ist es so sehr bedeutsam, daß wir Christen eines anderen (als des offiziellen, scheinbaren) christlichen Gewissens bei den Wahlen des nächsten Jahres keinem Kandidaten unsere Stimme geben, der sich nicht aus seinem eigenen Gewissen heraus verpflichtet fühlt, diese falschen Aufrüstungsmaßnahmen rückgängig zu machen und einen völlig neuen Weg schöpferischer Politik zu suchen, der zu den Lebensformen der Koexistenz in der Wahrheit führt. Was Bonns CDU/CSU tut und weiter will, ist rein restaurativ und von hier aus unreligiös, ihre Politik birgt die Gefahr, im Kräftespiel des Westens wie der ganzen Welt einen deutschen, christlichen Einfluß sinnlos zu vergeuden.

Vor jedem Christen erhebt sich nun und hier die Aufgabe, zu prüfen, wie eine neue politische und christliche Front erstehen kann, die nicht — als den Nöten der Zeit nicht gewachsen — von den echten Mächten der Gegenwart kurzerhand zerschlagen und hinweggefegt wird.

Probleme des Atomzeitalters

Von Dr. Hanfried Lenz

„Die entfesselte Atomenergie hat alles verändert außer unserer Denkweise, und deshalb gleiten wir ab, auf eine unbekannte Katastrophe zu." Albert Einstein.

An politischen Problemen fehlt es unserer Zeit nicht. Es mag genügen, in bunter Folge die Stichworte Wiedervereinigung, Europa, christliches Abendland, Kommunismus, Heimatrecht, Vereinte Nationen, Bandung, Nordafrika anzuführen. Ob wir klerikal, kommunistisch, demokratisch oder faschistisch regiert werden, ob Deutschland wieder vereinigt wird, ob die Vertriebenen auf Rückkehr hoffen dürfen, ob sich Westeuropa zusammenschließt, ob die USA oder die UdSSR oder vielleicht keine von beiden zur führenden Weltmacht wird — wer wollte diese Probleme nebensächlich nennen —? Und dennoch sind sie es im Vergleich mit der früher utopischen, heute, nach der Entwicklung der Wasserstoff-Bombe, selbstverständlichen Forderung, den Krieg zwischen den Großmächten auszuschalten. Es gibt kein Übel, das größer wäre als ein Atomkrieg, selbst als ein „gewonnener", und darum muß es gelingen, ihn ebenso abzuschaffen wie früher die Sklaverei oder die grausame Justiz des Mittelalters.

Das haben einsichtige Staatsmänner wie der wiedergewählte USA-Präsident Eisenhower begriffen. Gewiß hat das „Gleichgewicht des Schreckens" den bereits jahrelang,

auch bei uns, psychologisch vorbereiteten dritten Weltkrieg nicht stattfinden lassen — wenigstens bisher nicht! Aber das ist kein stabiles Gleichgewicht. Wenn auch die im Geiste von Genf von beiden Seiten gemachten echten Zugeständnisse eine Periode der Koexistenz eingeleitet haben, wofür wir nur sehr dankbar sein können, so sind doch die bisherigen Erfolge noch beschämend gering. Als ein ermutigendes Anzeichen sei festgehalten, daß die Stimmen verantwortungsbewußter Politiker von Namen und Rang sich mehren, man solle endlich und mindestens erst einmal die Fortsetzung der Versuche mit Kernwaffen einstellen — das Verbot einer Anwendung dieser Massenvernichtungswaffen bleibt so lange unerreichbar, obschon die gesamte Menschheit es immer vernehmlicher fordert), als es nicht gelingt, eine höchste politische Instanz an die Stelle des Krieges zu setzen. Sie zu schaffen ist d i e Aufgabe unseres Jahrhunderts.

In der bisherigen Entwicklung der Atomenergie hat die militärische Seite und Betrachtungsweise die ausschlaggebende Rolle gespielt. Das ist jedoch eine unnatürliche Erscheinung und nur vorübergehend, sofern die Menschen es fertig bringen, ihren kollektiven Selbstmord zu vermeiden. Jedermann weiß, daß auf längere Sicht hin die Kernspaltung für die Energieversorgung der Welt einfach unentbehrlich ist. Bei gleichbleibendem Verbrauch werden die Kohlenvorräte unserer Erde noch einige Jahrhunderte lang ausreichen, bei steigendem entsprechend weniger. Viel eher schon dürften die Erdölbestände erschöpft sein. Ohne Atomenergie gäbe es bald keine andere Lösung mehr als eine radikale Verminderung der Bevölkerungszahl, wobei die einzige Frage bliebe, ob durch vernünftige Geburtenbeschränkung oder durch Hunger, Mord und Totschlag. Aus dieser hoffnungslos erscheinenden Zwangslage zeigt die Atomenergie einen Ausweg, aber einen Ausweg voller Gefahren.

Alle verantwortungsbewußten Wissenschaftler sind sich darüber einig, daß die bei der Kernspaltung entstehende, teilweise sehr langlebige radioaktive Strahlung schwere gesundheitliche und erbbiologische Schäden verursacht, und ebenso darüber, daß es bislang unmöglich ist, diese Strahlung der in der Nähe eines Uran- oder Plutonium-Reaktors lebenden Bevölkerung völlig fernzuhalten. Insbesondere gibt es bis heute noch keine befriedigende Möglichkeit, den stark radioaktiven Abfall der Atom-Kraftwerke zuverlässig unschädlich zu machen.

Man darf also einstweilen von der Kernenergie wirklich kein goldenes Zeitalter mit ständig steigender Bevölkerungszahl und unaufhaltsam sich erhöhendem Lebensstandard erhoffen. Ganz im Gegenteil kann die Umstellung der Energiewirtschaft auf Atomkraft unermeßliches neues Elend mit sich bringen, z. B. durch die Zunahme von Krebserkrankungen und erblichen Mißbildungen. Schon immer mußten Arbeiter in Uran-Bergwerken mit einem erheblich verkürzten Leben rechnen. Dasselbe wird für immer weitere Bevölkerungskreise und schließlich für die Gesamtheit gelten, wenn man die Entwicklung des Atomzeitalters genau so einfach dem freien Spiel der Kräfte überläßt, wie es im 19. Jahrhundert mit der heraufkommenden Industrie geschehen ist.

Die Atomwirtschaft kommt, so oder so — und trotzdem ist vor einer Übereilung dabei nur dringend zu warnen. Vordringlich und wahrhaft lebenswichtig ist die Erforschung aller Tatsachen, die mit der Atomenergie in Zusammenhang stehen, einschließlich ihrer medizinischen und biologischen Auswirkungen. Dasselbe gilt für die Aufklärung über die bereits erzielten Ergebnisse. Hierzu gehören auch die einwandfreien Messungsergebnisse über schon eingetretene radioaktive Vergiftungserscheinungen. Gerade auf diesem Gebiete liegt zwar Geheimniskrämerei sehr nahe, aber sie wäre nirgendwo weniger am Platze (vgl. hierzu die am Schluß zitierte Schrift von K. Bechert, insbes. S. 25—31!). Jedenfalls steht fest: der Schaden, der durch voreilig und mit unzureichendem Schutz der Bevölkerung vor Strahlen aufgebaute Atomkraftwerke angerichtet werden kann, wäre nicht wieder gutzumachen, und gleich verhängnisvoll wäre es, wenn Gesichtspunkte des nationalen oder des kapitalistischen Konkurrenzkampfes den Vorrang vor der unabweisbaren, bis zum heutigen Tage noch längst nicht befriedigend erfüllten und erfüllbaren Forderung des Strahlenschutzes behielten.

Zur Einsicht in die durch die Atomenergie erwachsene Notwendigkeit, das Verhalten der Menschen und der Staaten zueinander zu ändern, braucht man weder Fachkenntnisse noch mehr als durchschnittlichen Verstand.

Im Grunde werden hier nur sehr selbstverständliche Dinge ausgesprochen. Das könnte als überflüssig erscheinen, wenn nicht fast jeder Blick in eine beliebige Zeitung zeigen

würde, daß auch gebildete Menschen und sogar Persönlichkeiten in führenden Ämtern des Staatswesens, der Kirchen, der Parteien usw. das Ausmaß der bereits eingetretenen und sich weiter abzeichnenden Veränderungen nicht begreifen können — oder nicht begreifen wollen. In den politischen Diskussionen wird in überholten Vorstellungen gedacht, als ob es noch keine Atombomben gäbe. Der Bundeskanzler ordnet seit Jahren seine gesamte Politik einer im Atomzeitalter nur sinnlos zu nennenden Aufrüstung unter, seine Presse macht die Koexistenz verächtlich, sein Ressortminister spricht von Kernwaffen für die Bundeswehr, und allen Ernstes glaubt man an die Möglichkeit eines Luftschutzes.

Bis heute fehlt bei uns das im Grundgesetz, Art. 26, verlangte Gesetz, das friedensfeindliche Handlungen unter Strafe stellt. In der Deutschen Demokratischen Republik existiert ein solches Gesetz — und es wird zur Unterdrückung der Meinungsfreiheit mißbraucht. Funktionäre von Organisationen der Vertriebenen schlagen Lärm, wenn ein Abgeordneter einmal ohne Rücksicht auf Parteitaktik einige Selbstverständlichkeiten ausspricht. Das alles, und manches mehr, geschieht vielfach aus einer früher gewiß sehr ehrenwerten Einstellung heraus, die heute aber absolut wirklichkeitsfremd ist — denn der alte Grundsatz, daß man sich sein Recht, wenn man es auf friedlichem Wege nicht bekommt, eben mit Gewalt verschafft, ist platterdings überholt.

Dieses Umdenken und Umlernen ist schwer, weil es beinahe allen — guten wie schlechten — Traditionen der bisherigen Geschichte widerspricht, abgesehen von den christlichen. Man brauchte wirklich nicht viel mehr zu tun, als einmal mit dem Christentum Ernst zu machen. Das ist bisher in der Politik nie gelungen. Heute sollte es nach marxistischer Logik auf Grund der durch die Atomenergie eingeleiteten Revolution der gesellschaftlichen Verhältnisse möglich sein. Vielleicht können viele ältere Menschen nicht mehr die Bedeutung der angebrochenen Zeitenwende ermessen. Aber dann sind sie auch zum Regieren zu alt.

Die mittlere und jüngere Generation muß lernen, in der neuen Zeit zu leben und alte Denkgewohnheiten und Tabus über Bord zu werfen, damit der heutige Zustand ein Ende finde, daß die praktische Politik von Ideen beherrscht wird, die schon längst museumsreif geworden sind.

Einige allgemeinverständliche Schriften zu diesen Fragen: Karl Bechert: Der Wahnsinn des Atomkrieges. Erweiterte Fassung eines Vortrages vor dem Bundestag. Eugen Diederichs, 1956. — Robert Jungk: Heller als tausend Sonnen. Erscheint demnächst. — Werner Kliefoth: Sind wir bedroht? Physik-Verlag, Mosbach/Baden 1956. — Charles Noel Martin: Hat die Stunde H geschlagen? S. Fischer, 1955.

Über die militärische Lage Deutschlands

Von Dr. Franz Beyer, General a. D.

Die jüngsten Ereignisse in der Welt — so die Suez-Krise mit der völkerrechtswidrigen Intervention Englands und Frankreichs in Ägypten, der Angriff Israels auf die Sinai-Halbinsel und die Kämpfe in Frankreichs nordafrikanischem Kolonialreich — und in unserer unmittelbaren Nachbarschaft — Polen und Ungarn — geben Anlaß, sich über die militärische Lage Deutschlands klar zu werden. Dabei soll die der beiden heutigen deutschen Teilstaaten ebenso untersucht werden wie die voraussichtliche militärische Situation eines künftigen Gesamtdeutschlands.

Als nach dem Niederbruch von 1945 das Deutsche Reich in Besatzungszonen zerfiel, in denen die ausländischen Militärbefehlshaber neben der gesamten militärischen auch einen großen Teil der zivilen Gewalt übernahmen, bildete sich in Westdeutschland auf Betreiben der westlichen Besatzungsmächte hin die Bundesrepublik als halbsouveräner, also in seiner völkerrechtlichen Handlungsfähigkeit beschränkter Staat. Nach diesem Vorgang entstand in Mitteldeutschland auf Betreiben der sowjetischen Besatzungsmacht hin die Deutsche Demokratische Republik mit demselben völkerrechtlichen Status. So verschieden sich auch diese beiden deutschen Teilstaaten in politischer und wirtschaftlicher, so-

zialer und kultureller Hinsicht entwickelten, in einem Punkte waren sie sich zunächst gleich: in der Verurteilung des sog. Militarismus als der Ursache für den Zusammenbruch von 1945.

Nun aber ist Militarismus keineswegs etwas, das mit dem Berufsethos der Soldaten aller Grade zu tun hätte, sondern diejenige Art von Politik, die Machtpolitik, die ihre Ziele vorzugsweise durch die Anwendung militärischer Gewalt — Krieg oder bewaffnete Intervention, wie jetzt in Ägypten — oder durch deren Androhung (etwa mit überstarker Aufrüstung unter Hinansetzung anderer staatlicher Aufgaben) erreichen will. Daher sind die eigentlichen Träger des Militarismus nicht die Soldaten, sondern die Politiker und Staatsmänner.

Hatten die westlichen Alliierten geglaubt, den zweiten Weltkrieg nicht ohne die Hilfe der Sowjetunion siegreich beenden zu können, sahen sie sich nach 1945 vor das schwierige Dilemma gestellt, den im Grunde von vornherein suspekten Verbündeten — der ihnen in Europa peinlich auf den Pelz gerückt war — irgendwie wieder „nach Asien" zurückzudrängen, wobei für viele Scharfmacher dieses „Asien" schon an der Elbe begann. Da der ideologische und propagandistische Kampf gegen die Sowjets, der Antikommunismus McCarthyscher und Adenauerscher Prägung und überhaupt der gesamte Kalte Krieg sein Ziel nicht erreichte, der Osten überdies in der Korea-Krise ein beachtliches militärisches Potential gezeigt hatte, begann man sich auf westlicher Seite erneut auf die militärischen „Trümpfe" im weltpolitischen Kräftespiel zu besinnen. Hierbei entdeckte man, daß man in diesem Schachspiel den deutschen Michel, den man bislang als Paria der Völkerfamilie behandelt hatte, zwar nicht als König oder Turm, aber als immerhin ganz nützlichen Bauern einsetzen könne. So „verlieh" man in den Pariser Verträgen der Bundesrepublik die Souveränität — ein Staat ist souverän oder nicht, das ist eine reine Tatfrage und nicht etwa eine Angelegenheit formaler Übertragung! — und die Sowjetunion machte mit der DDR etwas ähnliches, indem sie ihr eigene diplomatische Auslandsvertretungen zugestand. Westen und Osten organisierten sich zunächst politisch und dann als Militärblöcke auch militärisch, hüben in der NATO und drüben in der Warschauer Allianz. Schließlich war man sogar so leutselig, beiden deutschen Teilstaaten den Beitritt zu gestatten und ihnen damit auch ein gerüttelt Maß militärischer Aufgaben aufzubürden, die zwar durchaus im Sinne jener Militärbündnisse, keineswegs aber im Interesse Deutschlands lagen.

Die Zeit der politischen Geburt und der ersten Kinderjahre dieser Militärblöcke fiel zusammen mit einer fast revolutionären Entwicklung der Waffentechnik in Gestalt der Atomwaffe. Sie konnte und kann Anwendung finden aus der Luft (Atom-Bomber), von der Erde (Rakete mit Atom-Kopf oder Atom-Artillerie) und zu Wasser (von Flugzeugträgern startende Atom-Bomber, auf Kriegsschiffen stationierte Atom-Artillerie, von U-Booten — an denen übrigens die UdSSR eine absolute Überlegenheit besitzt — abgefeuerte Atom-Geschosse). Eine Weile stritt man sich dann noch in der politischen Welt darüber, wann und wo und wie man von dieser neuen Atomwaffe zur Durchsetzung seiner politischen Ziele Gebrauch machen könne, und schließlich kam man zu dem utopischen Glauben — vor allem, seitdem die Sowjetunion Atomparität erlangt hat — daß die Atomwaffe durch ihre abschreckende Wirkung Kriege überhaupt verhindern würde. Nun, der Krieg in Ägypten, der noch immer gewisse Elemente eines Wiederauflebens und weiteren Umsichgreifens in sich birgt, scheint diese Annahme durchaus nicht zu bestätigen. Außerdem lehrt die Kriegsgeschichte, daß ein militärisches Mittel, von dem man sich eine Entscheidung verspricht, dann eingesetzt wird, wenn man sich von seinem überraschenden Einsatz eine sichere militärische Überlegenheit erhofft, also namentlich bei oder kurz vor Beginn des eigentlichen Kriegszustandes oder dann, wenn andere militärische Mittel eine ungünstige Entscheidung voraussehen lassen, also vor allem in der Endphase des Krieges. Das gilt auch heute — denn auf keinen Fall hat der Atomkrieg die klassischen Lehren der Strategie und der Taktik verändert. Das vermag keine neue Waffe zu tun.

Unter seinen Aspekten haben sich die USA die Rolle einer Art von Weltfeuerwehr mit ihren strategischen Bomberkommandos vorbehalten, die, entsprechend dem Radford-Plan, über sämtliche Mittel zum Einsatz von Atomwaffen verfügen. (Da war es für das militärische Denken der Amerikaner schon eine sehr bittere Pille, daß die atomare Aufrüstung Großbritanniens nicht verhindert werden konnte. Gerade deswegen aber hat Washington

von vornherein jede selbständige Atomrüstung der Bundesrepublik strikt abgelehnt, und an diesem Standpunkt hat auch die kürzlich erfolgte Anzapfung der USA durch den neuen Wehrminister Strauss nichts geändert.) Für einen solchen weltweiten atomaren Einsatz benötigt man aber gewisse Aufklärungs- und Sicherungslinien oder -räume, wie sie sich heute als Radarsysteme darstellen. Und diese amerikanisch-Nato-eigenen Radarsysteme in Westeuropa, etwa im Raume des linken Elbufers, sowie die Nato-Flugplätze für die strategische und taktische Luftaufklärung gegen die Sowjetunion zu sichern, das, akkurat das ist die eigentliche Aufgabe der Bundeswehr in den strategischen Planungen des Westens, die vorläufig noch erfüllt sind von den — jetzt schamhaft als „Stationierungskräften" bezeichneten — Besatzungstruppen. Es sieht ganz so aus, als ob auf östlicher Seite die neue DDR-Wehrmacht eine sehr ähnliche Aufgabe zu erfüllen hat, seitdem es der UdSSR gelungen ist, die Atom-Parität zu erringen.

Und so rüsten beide deutsche Teilstaaten wacker auf, um ihren Bauernauftrag im Schachspiel der Großen zu exerzieren.

In der Bundesrepublik bereitet die Aufstellung der Bundeswehr erhebliche Schwierigkeiten, zumal sie eine Stärke von etwa 500 000 Mann erreichen soll, also die Friedensstärke des Deutschen Reichs zur Kaiserzeit vor dem ersten Weltkriege. Sehr bedeutsam ist als Grund für diese Schwierigkeiten das in der deutschen Jugend fehlende Vertrauen zu der älteren Generation, die heute die politischen Führungsstellen besetzt und schon zwei Weltkriege für Deutschland verloren hat. Außerdem würde der junge Mensch gewiß zwar sein Vaterland verteidigen, aber durchaus nicht den Nordatlantikpakt — und vor allem will er im Ernstfall weder auf die eigenen Brüder schießen, die für die andere Seite kämpfen, noch — nach den unverändert gültigen Bestimmungen des einstigen Kontrollrats — im Falle seiner Gefangennahme als Freischärler oder Partisan gehenkt werden.

Nach Erklärungen des Ministerialdirektors Gumbel, der die Personalabteilung im Bundesverteidigungsministerium leitet, vom Anfang November betrug zu diesem Zeitpunkt die Gesamtstärke der Bundeswehr anstelle der geplanten 500 000 erst etwa 58 000 Mann, davon 7000 Offiziere und 17 000 Unteroffiziere. Die Kosten jedoch für diese neue Wehrmacht belasten den Staatshaushalt bereits so, daß er mit seinen sozialen Aufgaben immer mehr in Verzug gerät. Trotzdem sind Bestrebungen im Gange, auch noch eine eigene westdeutsche Rüstungsindustrie aufzubauen.

Aus Mangel an Freiwilligen ist Bonn dann auf die allgemeine Wehrpflicht verfallen. Da ihr aber von Anfang an kein allgemeiner Wehrwille entsprach, kann man praktisch nur von einer Zwangsrekrutierung sprechen. Ferner sind bislang die Schwierigkeiten in der Führung der neuen Wehrmacht nicht behoben worden. Man erkennt, daß sie im Staate eine neue Gewalt darstellt und sich auf die in Politik und Wirtschaft herrschenden Unklarheiten und Unsauberkeiten insofern vernichtend auswirken könnte, als sie imstande scheint, ihnen Nimbus und Einfluß im Volke zu nehmen. Denn das Volk ist noch immer vom Wert soldatischer Erziehung und echten Führertums überzeugt. Nun, vorerst einmal haben Bundeskanzler und Parlament sich eigene Wehrmachtsabteilungen, -referate und -ausschüsse zugelegt, außerdem ergehen sich manche Journalisten und zahlreiche Bierbankstrategen in den kühnsten militärpolitischen und operativen Problemen, und so scheint alles in schönster Ordnung zu sein, weil selbstverständlich sie alle von diesen Dingen unvergleichlich viel mehr verstehen als etwa der gelernte Stratege.

Während man in den Führungsstellen der Bundeswehr das Generalstabselement bevorzugt und daher leicht in militärische Spekulationen gerät, hat sich die Deutsche Demokratische Republik einfach an das sowjetische Vorbild der Besatzungsmacht gehalten, ihre Truppenpolizei (Kasernierte Volkspolizei) kurzerhand in Nationale Streitkräfte umbenannt und in Uniformen gesteckt, die den Uniformen des letzten Reichsheeres sehr ähneln. Doch nicht nur in derartigen Äußerlichkeiten, sondern auch in der ganzen Art der soldatischen Erziehung in Mitteldeutschland spielt die soldatische Tradition eine große Rolle. Genau wie in der Sowjetunion wird dabei aber nicht der militärische Denker des Generalstabes, sondern der Draufgänger und Haudegen in den Vordergrund gerückt.

Wert oder Unwert einer Wehrmacht erweist erst der Krieg. Wie würde ein solcher unter den gegenwärtigen Umständen wohl verlaufen, wenn es auf europäischem Boden zu einer

Auseinandersetzung der beiden Militärblöcke käme? Dabei sei angenommen — was als wahrscheinlich gelten darf — daß der einleitende Luftkrieg, ob mit, ob ohne Atomwaffen, noch keine endgültige Entscheidung gebracht hat, so daß es also zu einem „klassischen Kriege" kommt.

Über die dabei auftretenden Landstreitkräfte liegen naturgemäß keine genauen Angaben vor. Immerhin kann man auf der Seite des Ostblocks mit etwa 175—200 Panzer- und motorisierten Divisionen rechnen, während die atlantischen Kräfte, zumal nach dem militärischen Schwabenstreich Englands und Frankreichs in Ägypten, mit höchstens 10 bis 12 entsprechenden Großverbänden angesetzt werden können. Nach einer militärischen Faustregel aber sollen die Kräfte des Verteidigers mindestens ein Drittel der angreifenden Streitmacht betragen, wenn man nicht jede Verteidigung von vornherein als hoffnungslos ansehen soll.

Geländemäßig begünstigt der für die Kampfführung in Betracht kommende Raum der norddeutschen Tiefebene mit den sich anschließenden belgischen und französischen Räumen ganz ausgesprochen den „Angreifer", weil ernsthafte Hindernisse, z. B. Gebirge, fehlen. Zudem hinge eine Verteidigungsfront quer durch deutsches Gebiet mehr oder weniger in der Luft, da sie sowohl aus dem tschechischen Raume heraus als auch von See her flankiert werden könnte. Daraus ergibt sich, daß auf absehbare Zeit hin eine nachhaltige Verteidigung Westeuropas gegen einen Angriff durch den Ostblock weder an der Elbe noch am Rhein, weder an einem flandrischen noch an einem französischen Flußabschnitt möglich ist.

Es bleibt also nur die Kampfführung des hinhaltenden Widerstands übrig, d. h. vorübergehende Verteidigung in einzelnen Linien und verstärkt durch Gegenstöße, um den Gegner aufzuhalten und Zeit zu gewinnen, etwa für den Abtransport eigener Kräfte und Güter und für die Vorbereitung operativer Gegenmaßnahmen zur Rückeroberung Europas vielleicht aus dem nordafrikanischen Raume heraus. Die Kampfführung des hinhaltenden Widerstandes jedoch müßte einen Ersatz für fehlende Menschen in der Bevorzugung technischer Kräfte suchen, also Atom- und Raketenwaffen einsetzen, bakteriologische Mittel usw. zur Schaffung „verbrannter Erde" verwenden und nach dem Kampf Europa als eine Wüste ohne menschliches oder wirtschaftliches Potential hinterlassen, deren Wiedereroberung völlig sinnlos wäre.

Damit wird klar, daß schon und selbst aus rein militärischen Gründen für Deutschland eine Politik der Stärke auf der Seite dieses oder jenes Machtblocks widersinnig ist und daß sich dafür eine kluge Politik des Verhandelns nach beiden Seiten hin empfiehlt, als ihr nächstes Ziel die deutsche Wiedervereinigung und Neutralisierung, also unser Heraushalten aus beiden Machtblöcken. Daß dabei die Wiedervereinigung nicht etwa ein bloßes Vorschieben des atlantischen Aufmarsches bis zur Oder/Neiße-Linie bedeuten darf, weil die Sowjetunion der Gefahr einer s o l c h e n Wiedervereinigung widerstreben würde, bedarf gewiß keines besonderen Beweises.

Ein solches wiedervereinigtes und neutralisiertes Deutschland sollte dann, um seine — bewaffnete — Neutralität wie etwa Österreich schützen zu können, eine hinreichend starke und gute Wehrmacht besitzen, in welche Bundeswehr und Nationale Streitkräfte der DDR eingegliedert werden könnten.

Dem Bedenken, ein solches Deutschland sei ein militärisches Vakuum, das auch ohne seinen Willen in eine bewaffnete Auseinandersetzung der Großmächte hineingezogen würde, ist entgegenzuhalten:

1. Sicherlich kann ein solches Deutschland nicht wie das Reich der Bismarckschen Rückversicherungspolitik einen Streit der Großmächte unmittelbar schlichten. Aber es könnte, schon durch seine geographische Lage, das Zünglein an der Waage bilden und durch die Ungewißheit, wohin das Zünglein ausschlagen wird, Zeit gewinnen helfen.

2. Dieses Deutschland sollte dem schon jetzt sehr wirksamen Block der Neutralen (zur Zeit unter der Führung Nehrus) beitreten, zumal wenn eine Garantie solcher Neutralität durch die Vereinten Nationen erfolgte.

So zeigt sich, daß eine vernünftige, militärische Entwicklung in Deutschland seiner Wiedervereinigung keineswegs entgegensteht, sondern sie fördert.

Wirtschaft

Von Supertankern und vom Suezkanal

Man sollte doch niemals versäumen, sich bei dem, was man in den Zeitungen liest, auch etwas zu denken.

Da ist dieser Tage gemeldet worden, im Tauziehen zwischen Wilhelmshaven und Rotterdam um das Recht, Ausgangshafen für eine gewaltige Ölleitung nach dem Ruhrgebiet zu werden, habe endgültig die Stadt am Jadebusen obgesiegt. Den Ausschlag für diese Entscheidung hat die Tatsache gegeben, daß Wilhelmshaven rascher als Rotterdam für die erforderliche Vertiefung des Hafens auf 12 m und mehr sorgen könne, um auch Supertanker abzufertigen.

Supertanker, Supertanker — richtig: darüber hatte sich etwas vorher doch auch bereits der Geschäftsbericht der größten deutschen und zugleich auch größten Werft aller Schiffe bauenden Länder ausgelassen, der Deutschen Werft in Hamburg-Finkenwerder. Und da finden sich sehr bemerkenswerte Feststellungen.

Noch vor ganz kurzer Zeit hätten Aufträge auf Tanker von 18—20 000 t Tragfähigkeit den Regeltyp gebildet und Bauaufträge in der Größenordnung von 30 000 t oder mehr eine Seltenheit. Sehr rasch sei aber die Durchschnittsgröße der fahrenden Tankschiffe um die Hälfte gestiegen, von 15 000 auf 27 500 BRT, und die laufenden Bauaufträge zeigten, daß Tanker von 36 000 und selbst von 45 000 t Tragfähigkeit auf dem besten Wege seien, das Regelschiff von morgen zu werden. Bestellungen auf Transporter für Erz oder Öl in einer Größenordnung von 60—80 000 BRT würden kaum noch als sensationell betrachtet. Setze sich schon jetzt ein Achtel der Welt-Tankertonnage aus Einheiten von 20 000 BRT und mehr zusammen, so würden nach der Ablieferung der gegenwärtig in Arbeit befindlichen Aufträge schon volle 30 % davon auf Supergrößen mit 30 000 t und mehr Tragfähigkeit entfallen.

Das ist doch eine fraglos sehr einschneidende Veränderung, und gewiß lohnt es sich da, nach weiteren Einzelheiten zu suchen. Und siehe da — man findet sie in überreicher Fülle, und sie lassen gar nicht vermutete Hintergründe hell aufleuchten.

In Dienst gestellt ist der japanischerseits erbaute „Universe Leader" von 84 730 t für die USA, japanische Werften bauen für nordamerikanische Gesellschaften vier weitere Tankereinheiten von je 83 000 t, für einen Giganten mit vollen 100 000 t bearbeitet man jetzt die Baupläne. Ihn hat Herr Niarchos bestellt, der weniger häufig genannte Schwager des bekannten Reeders Onassis, dessen Ausflug in den Walfang ihm wenig Ruhm eingebracht hat. Andere Kolosse läßt die New Yorker „Tidewater Oil" bauen, die bereits 2 Tanker von je 45 000 t besitzt, sechs gleich große in Japan herstellen läßt und auch französische Werften mit entsprechenden Aufträgen versieht, vor allem in Dünkirchen und St. Nazaire: einen Giganten von 53 000 t haben sie fast fertig und drei derselben Klasse in Bau, während 2 Einheiten mit je 65 000 t Tragfähigkeit folgen sollen. Eine andere amerikanische Gruppe, die „Peninsular and Oriental Steam Navigation", verzeichnet unter 23 Tankerbestellungen gleich sechs von über 32 000 t Größe. Und nun wird verständlich, warum die deutsche Werft sich mit dem Gedanken trägt, eine neue Groß-Helling zu bauen und auch ein Groß-Schwimmdock zu schaffen. Nicht nur hat ein (leider nicht näher bezeichneter) Auftraggeber sich ausdrücklich vorbehalten, die in Hamburg-Finkenwerda bestellten 11 Tanker mit je 36 000 t auf jeweils 45 000 t Tragfähigkeit sozusagen zu vergrößern, sondern die Werftleitung hat auch erklärt, es lägen bei ihr sogar schon Anfragen nach der Möglichkeit des Baus von 80 000-t-Einheiten vor ...

Nun, das läßt sich rein wirtschaftlich ganz gut erklären. Ein Tanker von 32 000 t Tragfähigkeit kann jährlich neun Fahrten auf einer Reisestrecke von 6000 Seemeilen machen, ein Supertanker von 85 000 t wäre langsamer und würde nur 8 Reisen schaffen, dabei aber 650 000 t Öl befördern und ersterer nur 275 000 t. Damit könnte man die Baukosten für Tankergiganten relativ rascher amortisieren als die für „normalen" Einheiten.

Aber — die Sache hat auch ein sehr politisches Gesicht, weit jenseits aller Rentabilitätsberechnungen. Nicht nur große Häfen haben schwere Sorgen, wie sie womöglich größere Mengen solcher Superschiffe abfertigen sollen, sondern auch, und das ganz besonders, die Kanalverwaltungen. Die Abmessungen solcher Schiffsrie-

sen verbieten kategorisch z. B. die Benutzung des jetzt politisch und militärisch so heiß umstrittenen Suezkanals. Öl und Erz machen über vier Fünftel der durch ihn beförderten Frachten aus. Erzfrachter und Öltanker sind die von der nur noch stürmisch zu nennenden Vergrößerung der Schiffseinheiten besonders betroffenen Kategorien — sollten da wirklich nur technische und wirtschaftliche und gar keine politischen Momente mitsprechen?

Das ist nur schwer zu glauben. Hinzu kommt, daß man in der Presse immer häufiger lesen kann, es spiele beinahe keine Rolle, ob man Öl aus dem mittleren Orient nach den USA oder Nordeuropa durch den Suezkanal befördere oder um das Kap der guten Hoffnung herum, obgleich die Reisestrecke doch einwandfrei um 3500 bzw. um 5000 Seemeilen weiter ist. Hinzu kommt, daß gerade England, fraglos der Hauptanstifter für die bewaffnete Aggression auf Ägypten, in aller Stille daran geht, den größten Tankerhafen und die größte Trokkendock-Reparaturanlage Europas selbst für Supertanker von 100 000 t Tragfähigkeit in Milford Haven, Pembrokshire, zu bauen. Und was schließlich die Herren Onassis und Niarchos betrifft, so sind diese Männer im Öltransport nach den USA und Westeuropa viel zu maßgeblich und außerdem viel zu smarte Geschäftsleute, um ihre Riesenkapitalien anderswo als in s e h r lukrativen und sicheren Unternehmungen anzulegen.

Nein . . . man muß alle diese Faktoren in einem großen und weltweiten Zusammenhange sehen, und dann erkennt man, warum die von der zweiten Suez-Konferenz in London beschlossene antiägyptische „Benutzervereinigung" nahezu identisch ist mit denjenigen Ländern, die Supertanker bauen und/oder in Betrieb nehmen — erkennt man, warum die in der Suezkanal-Angelegenheit federführenden USA-Minister durch ein Komitee beraten werden, in dem u. a. die Repräsentanten von gleich 14 großen Ölkonzernen sitzen — erkennt man endlich, daß jene B e n u t z e r vereinigung in Wirklichkeit eine B o y k o t t vereinigung darstellte, zur Vorbereitung wirtschaftlicher Kampfmaßnahmen gegen die Regierung in Kairo und gegen ihre Nationalisierung des Kanals, daß den milionenschweren Initiatoren des Wirtschaftsboykotts die ganze Sache zu langsam ging und sie sich kurzerhand entschlossen, vom Kalten Krieg auf ökonomischen Gebieten zum heißen Schießkrieg überzugehen, gehört auf ein anderes Blatt.

Es lohnt sich, wenn man diese Gedankenkette nachprüft, also offenbar doch, selbst anscheinend so nüchterne Dinge wie den Wirtschaftsteil von Zeitungen, Geschäftsberichte großer Unternehmungen und Daten über den internationalen Gütertransport sorgfältig zu lesen. Man kann eine ganze Menge daraus lernen und politische Neuigkeiten entdecken, die man in den politischen Spalten der Blätter vergeblich sucht . . .

Jan Menso F.

Berichte und Briefe aus dem Ausland

Port-Said

Ein Bericht des schwedischen Bildberichters Per Olow Anderson (INS), übermittelt von der ägyptischen Botschaft, Bonn.

„11. November 1956, 18.30 Kairo Zeit. Port Said wurde von den anglo-französischen Truppen völlig abgeriegelt, um den Besuch ausländischer Photographen zu verhindern. Am Tage der Feuereinstellung gelang es mir, durch die britischen Linien zu kommen und die Stadt bei Sonnenuntergang zu erreichen. Ich fand ein brennendes, rauchendes Inferno, in dem Kinder ihre Eltern und Eltern ihre Kinder unter den Trümmern suchten. Sechs Kriegskorrespondenten, die aus Zypern kamen, wurden nur zu den Plätzen geführt, die der britischen Propaganda genehm war. Im Gamail Quartier wurden 350 kleine Holzhäuser, die armen Leuten gehörten, durch Brandbomben vollständig zerstört. Hubschrauber flogen die Straßen ab und schossen mit Maschinengewehren zu den Fenstern der Häuser hinein. Es ist unglaublich, wie es hier aussieht! In der Asche, die von den Holzhäusern im Gamail Quartier übrig blieb, sah ich Hunderte verkohlter Leichen von

Kindern, Erwachsenen und Tieren. Ein Zivil- und ein Militärkrankenhaus wurden dem Erdboden gleich gemacht und darin über neunhundert (900) Menschen getötet. Nur die europäischen Viertel der Stadt sind fast unzerstört. Im Stadion gruben britische Soldaten zwei Massengräber und füllten sie mit toten Zivilisten aus dem in der Nähe gelegenen Krankenhaus. Die Ärzte sagten, daß es während der ersten Tage der Angriffe täglich über dreihundert (300) Tote gegeben habe. An einem einzigen Platz allein sah ich Vierhundert (400) Leichen. Die Briten behaupten, daß der Zivilbevölkerung nur geringer Schaden zugefügt worden sei, aber die Zahl der Toten wird auf sieben(7)- bis zwölf(12)tausend geschätzt. Es ist unmöglich, genaue Zahlen zu nennen, ehe nicht die Ruinen durchsucht werden. Ich habe gesehen, wie Mütter sich an diesen Ruinen weinend und betend die Hände blutig rissen, um ihre Kinder zu suchen. Tausende von Flüchtlingen verlassen die Stadt in winzigen Fischerbooten. Andere sitzen einfach in den Ruinen ihrer total zerstörten Häuser. Ohne Unterbrechung sind tagelang die Bomben gefallen und haben die Wasser- und Elektrizitätsversorgung zerstört. Die Ärzte mußten mit Instrumenten arbeiten, die zum Sterilisieren im Feuer erhitzt wurden, weil es kein Wasser gab. Sie mußten sich im Operationssaal die Hände in zwei Eimern Wasser waschen, das nicht gewechselt werden konnte. Ich sah Kinder, deren Rücken durchlöchert waren. Viele hatten sieben Zentimeter weite Wunden, die von Maschinengewehrfeuer stammten. Sie waren erschossen worden, als sie in Panik flohen. An einem einzigen Platz wurden während der zwei Stunden, die ich dort zubrachte, zweihundertsiebzig (270) Leichen fortgetragen. Britische Soldaten verteilten eine Wagenladung von Nahrungsmitteln an Zivilisten und anglo-französische Armeephotographen benutzten die Gelegenheit, Propagandaphotos zu machen, die der Welt die angebliche Einstellung der Bevölkerung zeigen sollen. Ich wurde von den Briten festgehalten und sollte zum Hauptquartier der Fallschirmtruppen, um von dort nach Zypern geflogen zu werden. Dort sollten meine Filme für mich entwickelt und an meine Agentur, INS in New York, weitergeschickt werden! Ich entkam jedoch und wurde in Port Said versteckt. Am Abend schmuggelte ich zusammen mit Flüchtlingen mein Material nach Matarya. Das Grauen und die Zerstörung lassen sich in Worten nicht beschreiben, aber meine Photos sind unwiderlegbare Zeugen der schmachvollen anglo-französischen „Polizeiaktion"!"

Ägyptens Griechen und die orthodoxe Kirche stehen hinter Nasser

„Mögen die Händler mit Kriegen und Agenten des Imperialismus wissen, daß die Suezkanal-Zone einen untrennbaren Bestandteil des Vaterlandes ausmacht und daß seine treue Verteidigung eine heilige Pflicht für den Muslim wie für den Kopten ist. Von den Minarets der Moscheen wird der Ruf zum Kampf ebenso erklingen, wie die Glocken der Kirchen Sturm läuten werden. Wir drohen in keiner Weise, zur Gewalt zu greifen — aber wir verkünden, daß es besser ist, für das Vaterland zu sterben, als unter fremdem Zwang zu leben!" Das sind einige Sätze aus der Erklärung des obersten Scheichs von Al-Azhar. Seitdem Scheich Al-Maraghi von der Leitung dieser ebenso als Moschee wie als Universität hochbedeutsamen Stätte wegen hohen Alters geschieden ist, versieht ein jüngerer dieses für die ganze islamische Welt so wichtige Amt: Scheich Abdel Rahman Tag. Er ist ein auch nach europäischen Begriffen sehr gebildeter Mann, der nicht nur fast alle Diplome von Al-Azhar besitzt, sondern auch Doktor der Pariser Sorbonne für Philosophie und vergleichende Religionskunde ist, Autor zahlreicher bedeutender kirchenrechtlicher Werke und Mitglied der sog. Fetwa-Kommission, des obersten islamischen Gerichts. Man darf ihn jener irenischen Richtung vieler hoher Geistlicher seines Glaubens zurechnen, die außerordentlich duldsam sind, stets das Gemeinsame aller Religionen betonen und felsenfest an die Siegeskraft der schlichten Wahrheiten im Islam glauben. Die gewaltigen Erfolge — in den letzten 50 Jahren hat der Islam um wenigstens 90 Millionen Anhänger zugenommen — ihrer Missionsarbeit scheinen für diese Auffassung zu sprechen ...

Seine Proklamation war zwar in erster Linie an die Kopten gerichtet, hat jedoch auch weit darüber hinaus in den christlichen Araberkirchen (namentlich Syriens und Libanons) ein lautes Echo gefunden und ganz besonders unter den Rechtgläubigen, den Bekennern des griechischen Glaubens.

Die Kopten sind echte Alt-Ägypter, die bei ihrem monophysitischen Christentum beharrten und s. Zt. nicht den Übergang zum Islam mitmachten, ihre Kirche ist eine christliche von besonderer ägyptischer Ausprägung („Kopte" geht zurück auf „qibt", das alte Wort für Ägypten). Ihr volkstumsmäßiger Zusammenhalt mit den andersgläubigen Landsleuten hat niemals in Frage gestanden, sie sind in nationalen Angelegenheiten genau so bedingungslose Ägypter wie die Bekenner Allahs.

Aber eine Überraschung selbst für jemand, der die Verhältnisse dieses Landes zu kennen glaubte, war die einhellige und oft begeisterte Zustimmung der in Ägypten zahlenmäßig und vor allem wirtschaftlich sehr einflußreichen Griechen zu dem Kurse der Regierung seit dem Ausbruch der Suezkrise. Beinahe ausnahmslos gehören sie zum kleinen und gutsituierten Mittelstand, sie sind echte Griechen, sprechen unter sich nur griechisch, bekennen sich zu ihrer Nationalkirche und spielen eine gewichtigere Rolle als die größte fremde Volksgruppe, die Italiener.

Wenn man die zahlreichen griechischen Zeitungen und Zeitschriften verfolgt, oder, noch besser, durch die verschiedenen Griechenviertel — wie etwa am Kairoer Vorortbahnhof Bab el Luk — geht, mit griechischen Schulen und Kirchen, Geschäften und Straßen: dann findet man rasch den Grund für dieses Zusammenrücken. Es ist der gemeinsame Haß gegen England. Viele Monate, bevor der Konflikt um den Suezkanal ausbrach, konnte man zumindest an jedem zweiten Hause dieser Quartiere lesen: „Eleftheria te Kypro" oder „Thanatos to Harding" — „Freiheit für Zypern!" und (noch weit häufiger) „Tod für Harding!", den britischen Befehlshaber gegen die für den Anschluß an Griechenland kämpfenden Zyprioten.

Ich habe eine Reihe von Gesprächen mit diesen Griechen geführt, seitdem als Sprecher der zypriotischen Bruderschaft Dr. Kleanthi Pappaellinas anläßlich der Nationalisierung des Suezkanals zum Gouverneur von Alexandrien, Oberst Mohammad Kamal Eldib, zog und ihm an der Spitze einer allgriechischen Delegation patriotische Glückwünsche und Bekundungen voller Unterstützung überbrachte. Ob es der bekannte Dichter des ägyptischen Griechentums war, Aristoteles Joannides, ob der reiche Geschäftsmann Themistokles Dioskurides oder wer sonst: Zypern oder Ägypten, es war immer derselbe Grund zur Feindschaft gegen die Briten. „Ich habe den Rücken eines jungen griechischen Lehrers auf Zypern gesehen, namens Smyrhis", sagte mir Joannides, „er war mit Narben von Bajonettstichen bedeckt. Das sind eben englische Vernehmungsmethoden. Sie reißen die Fruchtbäume heraus und stecken die Wälder in Brand, sie hetzen die Patrioten mit Bluthunden und durchwühlen selbst die Gräber, angeblich, um nach Waffen zu suchen. Und immer mehr Konzentrationslager gibt es auf der Insel, zu der kein Mann des Roten Kreuzes Zugang erhält ..." Und Dioskurides, im letzten Weltkriege griechischer Freiwilliger Seite an Seite mit den Engländern, findet Worte beißenden Spottes gegen Sir Anthony Eden, der die Rechte der Suezkanalgesellschaft unter dem Stichwort „Heiligkeit des Privateigentums" zu verteidigen suchte. „Dann sollen diese Leute erst einmal aufhören, armen Bauern auf Zypern ihre paar Obstbäume umzuhauen! Und außerdem: hat nicht gerade England in jedem Kriege seine Gegner ausgeraubt, bis aufs Hemde? Im Krimkrieg die Russen, in den Weltkriegen die Deutschen und im ersten auch noch die Türken, darunter viele Griechen, die einen türkischen Paß hatten — ach nein, diese Phrasen nehmen wir den Londoner Ministern wirklich nicht mehr ab — sie lügen, wenn sie von Moral reden!"

Im Kampf auf und um Zypern ist die griechische Sache in vollem Umfang von der orthodoxen Kirche getragen worden, an maßgeblichster Stelle durch Erzbischof Makarios, den die Briten dann auf die Seychellen verbannten. Diese Zusammengehörigkeit findet sich in der Geschichte dieses Landes immer wieder. Nun aber haben Griechen und Ägypter denselben Feind.

Wer will da erstaunt sein, wenn es heute eine antibritische Einheitsfront gibt, die alle engen konfessionellen Schranken lange gesprengt und ein festes Band um islamische und koptische Ägypter, Anhänger der mannigfachen arabischen Kleinkirchen christlicher Bekenntnisse und Griechisch-Orthodoxe geschlungen hat —?

Werner Moldenhauer, Kairo

Angelsächsischer Teilungsplan für Jordanien?

Kurz vor seiner Einberufung zum Wehrdienst (er gehört einer Reserveformation an, die zum Angriff auf Ägypten mobilisiert wurde) hat uns ein Journalist aus Israel den nachstehenden Bericht gesandt, der zwar erst sehr verspätet angekommen ist, aber doch bemerkenswerte Perspektiven eröffnet.

Die „ernsten Befürchtungen" namentlich gewisser englischer und amerikanischer Kreise hinsichtlich des jordanischen Wahlergebnisses vom 24. Oktober sind durchaus bestätigt worden: die Befürworter des proenglischen Kurses und des Bagdadpaktes haben eine schwere Niederlage erlitten. Und schlagartig änderte sich auch die Einstellung der Presse, nicht nur in England, sondern leider auch bei uns in Israel, wie auf Kommando gebrauchten vor allem die die Regierung stützenden Blätter Wendungen wie die von „dem nur noch künstlich am Leben erhaltenen Staate Jordanien" und ähnliche mehr. Man konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, als ob unsere verantwortlichen Männer nichts so gern gesehen hätten wie einen Waffengang gegen unseren östlichen Nachbarn.

Seit den ersten blutigen Überfällen arabischer Freischärler und Infiltranten im August d. J. innerhalb unserer Grenzen (und seit den entsprechenden „Vergeltungsangriffen" israelischer Einheiten auf arabisches Gebiet) sind die Stimmen ernstzunehmender Männer in Ägypten, in Jordanien usw. nicht verstummt, daß England der Anstifter und Initiator solcher „Zwischenfälle" sei und daß wieder England nur der lachende Dritte sein könne, wenn die Regierung von Israel wie der Stier aufs rote Tuch reagiere. Denn London will von seinen sehr konkreten Plänen am Suezkanal ablenken und könnte nichts so gut gebrauchen wie einen Krieg am Jordan: das gäbe eine zweite Front, würde Kairo beschäftigen und Syrien schwächen, müßte den Bagdadpakt und im Hintergrunde die irakische Regierung Nuri es Said stärken. Möglicherweise könnten die Engländer das sogar zur bewaffneten Intervention gegen Nasser benutzen... daran liegt ihnen bestimmt eine ganze Menge.

Wenn man die arabischen Sendungen abhört, die fast pausenlos von den britisch betriebenen Rundfunkstationen in Bagdad und Zypern ausgestrahlt werden (Generaldirektor des englischen Zypern-Senders ist pikanterweise der ehemalige Hochkommissar für Palästina, H. McMichael!), hört man ständig neue Angriffe gegen Nasser: er wolle nur die Aufmerksamkeit der Araber von ihrem Hauptfeinde Israel ablenken, indem er auf der Suez-Frage herumreite. Diese Kriegshetze ist neuerdings so toll geworden, daß selbst der (bestimmt nicht englandfeindliche) Präsident der zionistischen Weltorganisation Dr. Nahum Goldmann dieserhalb in London hat protestieren müssen. Ob mit Erfolg? — Wohl kaum!

Betrüblich ist die Kurzsichtigkeit bei uns — die aggressiven Elemente schreien immer lauter. Als kürzlich Begin, der Vorsitzende der nur noch faschistisch zu nennenden Cherut-Partei, aus Paris zurückkehrte, posaunte er stolz aus, daß seine Vorschläge zur kriegerischen Aktion gegen die Araber am Quai d'Orsay mit Begeisterung und Jubel begrüßt worden sind. Die „New York Times" veröffentlichte einen Bericht ihres Korrespondenten aus Tel-Aviv, die die Regierung unterstützende Partei Achdut Haavoda habe vorgeschlagen, man solle in den Zeitungen von Israel nicht mehr von Vergeltungsangriffen auf die Araber sprechen, sondern von Befreiungsaktionen. Das bedeutet selbstredend Aggression und Besetzung, genau so, wenn gewisse Blätter immer vernehmlicher fordern, es sei an der Zeit, „Ordnung in Jordanien" zu schaffen. Durch einen Angriff Israels — ?? In dieselbe Kerbe treffen die langen und intensiven Beratungen unserer Regierung, was sie unternehmen solle und werde, falls Syrien oder der Irak Truppen nach Jordanien schicken. Die Zahl derjenigen, die einem solchen planmäßig geschürten Wahnsinn öffentlich entgegentreten, schmilzt ständig mehr zusammen — warum ich dagegen bin, brauche ich Ihnen wohl nicht genauer zu begründen.

Ich kann mir nicht helfen: es riecht nach Brand. Und mit mir wird so mancher den Verdacht nicht los, daß unsere Minister ein sehr großes Spiel spielen, um aus der allgemein für bald erwarteten Aufteilung Jordaniens zwischen dem Irak und Israel ein möglichst großes Stück davonzutragen. Als wenn wir noch nicht genügend Feinde unter den Arabern hätten! Als ob wir uns noch mehr Rüstungen aufhalsen müssen, die uns schon jetzt an rascher Förderung wichtiger Aufbauwerke hindern! Als ob das alles effektiv dem Frieden diente, der von un-

seren Offiziellen so gern und so laut zitiert wird!

Es ist nicht selten so, daß man sich fragt, ob wirklich die ganze Umwelt so verrückt ist, das nicht zu sehen, und man selbst allein noch gesunden Sinnes sei, und gelegentlich möchte man sogar alles hinwerfen und weg gehen, weit weg, um nichts mehr zu hören und sich mit Gedanken und Vorstellungen zu plagen, die doch nichts fruchten ...

Moshe Ymerglik, Jerusalem

Ein Besuch bei Frau Khider

Am Tage, bevor die Luftpostverbindung mit Kairo abriß, erreichte unsere Redaktion ein Brief aus der ägyptischen Hauptstadt: eine algerische Kollegin berichtete von ihrem Besuch bei der Frau eines der gekidnapten Algerienführer.

... Mit seinen vier Kameraden Ahmed Ben Bella, Houchine Ait Ahmed, Mohammed Boudiaf und Mustafa Lachref aus der Führung der Nationalen Befreiungsfront für Algerien wurde auch Mohammed Khider, der Präsident des Nordafrikanischen Befreiungskommitees in Kairo, durch einen in der diplomatischen Geschichte bisher beispiellosen Streich aus einem marokkanischen Flugzeug heraus verhaftet. Die Maschine flog von Marokko nach Tunis und wurde von der französischen Besatzung, Kommandant Grelier mit den Piloten Fubos und Xenoge, den Behörden Frankreichs in die Hände gespielt.

Ich kenne Frau Khider und beeile mich, als ich von jenem abscheulichen Streich der Franzosen gegen die für ihre Freiheit kämpfenden Algerier erfahre, sie aufzusuchen. „Man darf die Franzosen für das Geschehene nicht hassen, das französische Volk hat bestimmt davon nichts gewußt", ist die erste Bemerkung, die sie ihren Antworten auf meine Fragen voranschickt. Sie hatte von der Entführung erst durch die Zeitungen erfahren und erklärt mir, warum ihr Mann überhaupt gereist war: „Der Sultan von Marokko hatte auch ihn zu einer Konferenz eingeladen, die eine positive Möglichkeit darstellte, dem Blutvergießen in Algerien ein Ende zu bereiten. So war es seine Pflicht, die Einladung anzunehmen, er konnte ihr nicht aus dem Wege gehen. Der Sultan haftete mit seiner Ehre für die algerischen Unterhändler — ich verstehe nicht, was sich da eigentlich abgespielt hat und wie das alles hat geschehen können ... Aber wir Maghrebinerinnen sind an unser Los gewöhnt, wir müssen es tragen, es ist unsere Pflicht!" Ein wenig leiser setzt sie hinzu „— und vielleicht auch mein Schicksal ..." Die Kinder spielen um sie herum ... da kommen andere Freunde und bringen neue Zeitungen. Sie enthalten Bilder der gefesselten Gefangenen nach ihrem ersten Kreuzverhör, sie erwähnen, daß alle fünf von französischen Gerichten schon früher mit langjährigen Kerker- und sogar Todesstrafen bedacht worden sind, und veröffentlichen Einzelheiten aus früheren Vernehmungen. Man liest, daß der Körper Mohammed Khiders noch heute die Spuren schwerer Peitschenhiebe zeigt und daß man Bell Bella das linke Trommelfell mit einem glühenden Draht durchbohrt hat, so daß er halb taub ist, während Boudiaf bei ähnlicher Gelegenheit sogar ein Auge eingebüßt hat.

Einig sind sich sämtliche Blätter in ihren Appellen an die Regierungen der Bandung-Front, sich für die Befreiung der Gefangenen einzusetzen. Frankreich habe gegen alle Prinzipien internationaler Abmachungen gehandelt und die von ihm geschlossenen Luftfahrtverträge gebrochen. Sie verweisen auf den Widerspruch, der darin liegt, daß dieses Volk als erstes die Menschenrechte verkündet habe und sie nun mit Füßen trete.

Und dann klingt wieder die leise Stimme der gemarterten Frau mir gegenüber auf:

„Man kann sie doch nicht festhalten, man muß sie freigeben! Denn was würde sonst aus dem Wort des Sultans? Er müßte ja sein ganzes Ansehen verlieren — denn nicht mit seiner ganzen Person für Leben und Freiheit von Gästen einzustehen, ist doch überall im Orient einfach undenkbar! Sie wissen das doch auch, nicht wahr?"

Natürlich weiß ich das. Aber ich kann die Hoffnung, zu der Frau Khider sich zwingt, nicht teilen, wenn ich das auch nicht ausspreche: ich kenne die französischen Kolonialbehörden und die französische Polizei zu gut, aus mancher bitteren Erfahrung ...

Fatma N ——